

(A) (Degen [SPD])

Bei anderen Schulformen würden Sie lauthals protestieren.

(Beifall bei der SPD - Fortgesetzt Unruhe)

Dann zu der Frage der Schulstrukturen! Herr Reichel, Sie haben gesagt, daß die Presse das F.D.P.-Papier als das, was die Schulstruktur angeht, intelligenteste bezeichnet, das zur Zeit auf dem Markt ist.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Er hat aus einer Zeitung zitiert! - Abgeordneter Frey [SPD]: Was haben Sie dem Journalisten ausgegeben?)

Ich will das gar nicht in Frage stellen, aber anmerken, daß das daran liegt, daß das Konzept der SPD als Konzept der Gesamtpartei noch gar nicht vorliegt.

(Demonstrativer Beifall bei CDU und F.D.P. - Abgeordnete Philipp [CDU]: Ach, haben Sie noch keines?)

- Nein, es liegt noch nicht vor.

(Weiterhin Unruhe - Glocke des Präsidenten)

(B) Wir haben auf unserem Parteitag in Hagen den Zeitplan genau festgelegt. Der Ministerpräsident hat mehrmals gesagt, in welchen Schritten diese Strukturdebatte durchgeführt wird.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Degen, ich muß Sie einmal unterbrechen. - Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, sich so einzurichten, daß der Redner wenigstens von mir verstanden werden kann.

(Beifall bei der SPD - Abgeordnete Speth [SPD]: Ich verstehe ihn gut! Nur die Opposition will ihn nicht verstehen!)

Abgeordneter Degen (SPD): Ich weiß nicht, ob man es verstehen will; das kann ja auch sein. - Wir werden den Zeitplan, den wir uns gestellt haben, einhalten und dann ein Schulstrukturmodell vorlegen. Wir brauchen dazu etwas mehr Zeit; denn wir müssen

(C)

mit unserer Basis diskutieren und uns mit unserer Basis einigen, einfach aus dem Grunde, weil wir im Gegensatz zu Ihnen eine haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, darf ich fragen, ob jemand zu diesem Bereich noch das Wort ergreifen möchte? - Das ist nicht der Fall.

Dann wenden wir uns jetzt dem Bereich

Arbeit, Gesundheit und Soziales

zu. Als erstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Arentz für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Arentz (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht um drei Themen für den Nachtragshaushalt im Einzelplan 07. Ich weiß nicht, ob es möglich ist, auch den zuständigen Minister zu informieren, daß es jetzt um seinen Teil geht. Ich fände es jedenfalls sehr angenehm, wenn Herr Heinemann hier wäre. Er müßte sich eigentlich seit heute morgen wieder abgeregt haben, als wir über den Kindergarten diskutiert haben. Es geht hier also um drei Themen: einmal um das Thema Asyl, um das Thema Drogen und um das Thema Maßregelvollzug.

(D)

Zu Punkt 1, zum Thema Asyl, in aller Kürze, weil wir dies in den vergangenen Monaten hier wirklich in Ausführlichkeit im Landtag miteinander besprochen haben. Die Landesregierung verlangt mit der Vorlage zum Nachtragshaushalt 45 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen zur Errichtung von Sammelunterkünften, zur Anmietung von Sammelunterkünften für Asylbewerber. Wir lehnen diesen Teil des Nachtragshaushaltes nicht ab, weil wir generell der Auffassung sind, daß die Unterbringung von Asylbewerbern in Sammelunterkünften angebracht ist.

Wir bedauern allerdings, daß die SPD-Fraktion und die SPD-Landesregierung zehn Jahre lang gebraucht haben, um sich in dieser Frage auf die Position der Union zuzubewegen.

(A) (Arentz [CDU])

(Beifall bei der CDU)

Da kommt er ja, der Herr Heinemann. - Wir könnten dieser zusätzlichen Belastung des Steuerzahlers im Bereich der Verpflichtungsermächtigungen jedoch auch nicht zustimmen, meine Damen und Herren, weil die Landesregierung bis heute nicht bereit ist, den Mißbrauch rund um das Asylrecht wirkungsvoll und nachhaltig zu bekämpfen.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Arentz, wollen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Appel zulassen?

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Ja, bitte!)

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Herr Kollege Arentz, ist Ihnen bekannt, daß die Forderung nach Sammellagern eine vor zehn Jahren in die Öffentlichkeit getragene Forderung der NPD war? Ist Ihnen eigentlich bei der Umsetzung der Sammelager politisch vor diesem Hintergrund ganz wohl?

(B) Abgeordneter Arentz (CDU): Herr Kollege Appel, Sie sind da über den Zeitablauf nicht genau informiert. Die Forderung nach Sammelunterkünften in Nordrhein-Westfalen ist im Frühjahr 1981 als erstes von der CDU-Landtagsfraktion in diesem Hause gestellt worden. Daß diese Forderung im Jahre 1982 auch von anderen übernommen worden ist, daran können wir nichts ändern.

Wir sagen Ihnen aber nur eines: Wenn die Mehrheit in diesem Hause, die SPD, nicht endlich bereit ist, mit uns nachhaltig und massiv gegen Asylmißbrauch vorzugehen, dann macht das auch den rechten Rand stark, was keiner von uns will.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Sie machen ihn stark!)

Deswegen können wir nur sagen, es ist verantwortungslos, wenn in diesem Bereich nicht gehandelt wird. Ich denke, daß das als Antwort auf Ihre Frage ausreicht.

(C)

Vizepräsident Dr. Klose: Wollen Sie eine weitere Zwischenfrage von Herrn Kollegen Kreutz zulassen?

Abgeordneter Arentz (CDU): Nein, Herr Präsident, die Uhr läuft unerbittlich. Ich muß noch so viel zum Nachtragshaushalt sagen, daß das leider nicht möglich ist.

Meine Damen und Herren! Wenn in Nordrhein-Westfalen der Mißbrauch der Sozialhilfe für Asylbewerber nur in gleichem Maße wie in Schleswig-Holstein stattfindet, dann kostet die Weigerung der Landesregierung, einen landesweiten Zählappell durchzuführen, den Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen Jahr für Jahr 100 Millionen DM.

Wir sagen Ihnen ganz deutlich: Wir sind nicht bereit, diese Verschwendung, diese Verschleuderung von Steuergeldern im Asylbereich unkommentiert zu dulden.

(Beifall bei der CDU)

Derwegen sagen wir genauso deutlich: Die Landesregierung hätte diese Verpflichtungsermächtigungen von 45 Millionen DM und noch weitere Mittel längst von den 1,2 Milliarden DM, die das Land insgesamt im Asylbereich ausgibt, freimachen können, wenn sie nur handlungsfähig und handlungsbereit wäre.

(D)

Zweiter Punkt, Drogenpolitik: Wir stimmen der Erhöhung der Mittel für das Projekt "Therapie sofort" um 12 Millionen DM zu. Wir stellen fest, daß sich damit die Mehrheitsfraktion endlich unserer Meinung anschließt, daß die Angebote der drogenfreien Therapie in Nordrhein-Westfalen massiv ausgebaut werden müssen.

(Beifall bei der CDU)

Tatsache ist, daß Nordrhein-Westfalen heute noch ein "drogentherapeutisches Entwicklungsland" ist. Für die große Zahl der Drogenabhängigen - die Landesregierung spricht seit Jahren von 20 000; in Wirklichkeit dürften es eher 40 000 sein - gibt es in unserem Land ganze 550 Therapieplätze und 29 Nachsorgeplätze.

(A) (Arentz [CDU])

Noch im Dezember des vergangenen Jahres haben es die SPD und die Landesregierung abgelehnt, für das Modell "Therapie sofort" mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Ihr Argument war damals, es gebe genügend Therapieplätze in Nordrhein-Westfalen.

Nach nur vier Wochen, am 10. Januar, kam dann der Herr Heinemann um die Ecke und erklärte, er werde jetzt weitere 2 Millionen DM für "Therapie sofort" zur Verfügung stellen. Abgesehen davon, daß das ein völlig unzureichender Ansatz war, ist der eigentliche Skandal bei dieser Sache, daß Sie, Herr Heinemann, und jetzt auch die SPD mit ihrem Antrag, diese 2 Millionen DM bei den alten Menschen sparen wollen.

Denn, man höre und staune, als Deckung für die 2 Millionen DM für "Therapie sofort" schlägt die SPD eine Verringerung des Haushaltsansatzes für Baumaßnahmen im Bereich der Altenhilfe vor. Sie spielen alte Menschen, die jahrelang auf einen Platz im Pflegeheim warten müssen, gegen Drogenabhängige aus, die hier in Nordrhein-Westfalen ebenfalls unverantwortlich lange auf einen Therapieplatz warten müssen.

(Beifall bei der CDU)

(B)

Dies ist eine zynische Politik, die hier von der Mehrheit im Landtag betrieben wird.

(Abgeordneter Champignon [SPD]: Ganz miese Tour!)

Wie hilflos die Landesregierung der Drogenproblematik gegenübersteht, haben die Minister Heinemann und Schnoor mit ihrem Trip nach Holland gezeigt. Da kommen sie nach zwei Tagen zurück, zeigen sich tief beeindruckt und verkünden als neue Erkenntnis das, was sie bereits seit Monaten hier vortragen, nämlich daß das Methadonprogramm ausgeweitet werden müsse, der Besitz von Drogen zum Eigengebrauch legalisiert werden solle. Herr Schnoor will auch noch über die Freigabe von Heroin nachdenken.

Ich sage Ihnen hier für die CDU: Nordrhein-Westfalen darf kein Mekka der Drogenabhängigen werden!

(Beifall bei der CDU)

(C)

Nordrhein-Westfalen darf sein riesiges Defizit an Prävention, Therapie und Nachsorge nicht mit der Ersatzdroge Methadon vernebeln. Allen Überlegungen zur Freigabe von Drogen treten wir entgegen. Die Drogenfreigabe ist keine Antwort auf den Drogentod, sondern eine unverantwortliche und gefährliche Verharmlosung der Drogensucht.

Meine Damen und Herren, es ist schon absurd: Minister Heinemann verlangt ein Verbot der Tabakwerbung. Die SPD-Fraktion fordert Gefängnisstrafen für Dopingsünder. Gleichzeitig will die gleiche Landesregierung den Besitz von Drogen bis hin zu Heroin legalisieren.

(Beifall bei der CDU)

Man muß wirklich fragen: In welcher Welt leben Sie von der SPD eigentlich?

Zum dritten Punkt: **Maßregelvollzug**. Dazu nur zwei kurze Anmerkungen, wir werden morgen ja ausführlich darüber diskutieren.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Arentz, darf ich Sie noch einmal unterbrechen. - Wollen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Kreutz zulassen? (D)

Abgeordneter Arentz (CDU): Herr Präsident, ich bitte um Nachsicht! Ich habe noch eine Minute Redezeit - nein.

Erstens. Der Haushaltsansatz für den Maßregelvollzug reicht für die vollen Kosten in diesem Jahr vorne und hinten nicht aus. Erst hat diese Landesregierung die Standards im Maßregelvollzug qua Gesetz hochgeschraubt, jetzt will sie die Kosten für diese hohen Standards auf die Gemeinden abwälzen.

Zweitens. Es ist völlig unverantwortlich, daß die Landesregierung die Ausgaben für den Maßregelvollzug künftig deckeln, das heißt mit einer festen Obergrenze versehen will. Das bedeutet im Klartext

- weniger Schutz der Bürger Nordrhein-Westfalens vor psychisch kranken Rechtsbrechern,

(A) (Arentz [CDU])

- weniger Therapie für die Patienten im Maßregelvollzug, damit längere Aufenthaltsdauern und letztlich mehr Kosten,
- wieder einmal Abschiebung und Abwälzung einer Landesaufgabe auf die Kommunen.

Meine Damen und Herren, aus diesem Grunde können wir dem dritten Teil des Nachtragshaushalts, dem Einzelplan 07, nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Lanfermann von der Fraktion der F.D.P. das Wort.

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Entschuldigen Sie den etwas späten Auftritt - ich hatte gedacht, daß zu diesen wichtigen Themen zuerst ein Kollege von der SPD-Fraktion spricht.

(Zurufe von der SPD - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Erst die Opposition, Herr Lanfermann!)

(B)

- Kommt noch. Macht nichts!

Der Kollege Arentz hat eine Reihe von Gründen aufgezählt, warum er diesen Teil des Nachtragshaushalts nicht mittragen kann. Ich kann mich dem im großen und ganzen anschließen. Ich möchte nur einige ergänzende Bemerkungen machen.

Meine Damen und Herren, um gleich bei dem letzten anzuschließen: Beim Maßregelvollzug erleben wir in der Tat eine Neuauflage des wirklich hervorragenden Erfindungsreichtums dieser Landesregierung, wenn es darum geht, Belastungen und Kosten auf die Gemeinden abzuschieben. Ich will das jetzt nicht weiter ausführen, wir werden morgen im einzelnen darüber ja noch zu sprechen haben.

Lassen Sie mich auch einige Worte zu dem Thema Drogen sagen! Um es vorweg klarzumachen: Selbstverständlich tragen auch wir die Kosten für das Projekt "Therapie sofort" mit. Es geht auch nicht um

(C)

2 Millionen DM mehr oder weniger - auch wenn man versucht hat, mehr Schlagzeilen als Therapieplätze zu produzieren. Wir hören schließlich seit Monaten, daß gezahlt wird, vor zwei Wochen haben wir aber erfahren, daß noch gar nichts gezahlt wird, weil es der Finanzminister zunächst einmal abgelehnt hat, diese Kosten zu übernehmen. Jetzt wird über den Nachtragshaushalt versucht, diese schon Weihnachten 1991 verkündete Großtat noch zu finanzieren. Wir tragen diese Kosten mit und sagen mit allem Ernst:

Jeder Fall eines Drogenabhängigen ist letztlich ein persönliches Schicksal, das im einzelnen anzusehen und auch zu behandeln ist. Das heißt, niemand kann sich herausnehmen zu sagen: Das ist der Königsweg, das ist das große Rezept, mit Drogenabhängigkeit fertigzuwerden.

(Zustimmung des Abgeordneten Kuschke [SPD])

Sicherlich muß man alles im einzelnen betrachten. Aber eines darf man deswegen gerade nicht:

Man darf nicht ein Therapiemodell herausnehmen und es als das allein seligmachendes Rezept verkaufen. Genau das tut Minister Heinemann, indem er widersprüchlich auf der einen Seite sagt: Ich warte ab, bis das Modell gelaufen ist, bis mir die Erfahrungsberichte vorliegen; dann werde ich meine Meinung dazu sagen, wieviel Geld wir brauchen, wie viele Behandlungen mit Methadon wir in Zukunft in diesem Land haben sollen. Auf der anderen Seite verkündet er während des laufenden Projekts seit Jahren, das alles sei ein Riesenerfolg und müsse unbedingt ausgeweitet werden.

(D)

Tatsächlich laufen Sie auf - zum Beispiel bei den Verhandlungen mit den Krankenkassen. Das sagen Sie hier nicht öffentlich.

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Aber es ist so!)

Die Krankenkassen übernehmen die Finanzierung nämlich nicht in dem Umfang, wie Sie es wollen. Ich sage noch eines:

Weder das Methadon-Programm noch irgendeine andere These darf dazu herhalten, das Drogenproblem

(A) (Lanfermann [F.D.P.]

zum Anlaß zu nehmen, andere Schwächen dieser Landesregierung zu verdecken. Es ist ein interessanter Vorgang, daß sich jetzt schon hohe Polizeibeamte zu Wort melden, die den Aufgaben in ihren Behörden nicht nachkommen können, weil sie nicht in der Lage sind, das Gesetz zu vollziehen.

Interessant ist auch, daß von der Landesregierung keine Konzepte vorgelegt werden, wie man mit der Kriminalität, die gerade mit Drogen zu tun hat, fertigwerden will. Statt dessen werden einige vorgeschickt, um die Stimmung zu testen.

Da will ein Justizstaatssekretär nach seiner Rückkehr aus den Niederlanden plötzlich das Legalitätsprinzip aushebeln. Das ist etwas ganz Neues. Ich bin mal gespannt, wie man das insgesamt und auf Bundesebene vertreten will. Vielleicht legt uns der Justizminister im Verlauf der Debatte seine Haltung zu Legalität und Opportunität dar. Wir haben in den letzten Jahren ja schon manche Überraschung erlebt, wenn es um die Auslegung dieser Begriffe durch die Landesregierung ging.

Noch einmal: Auch das Methadon-Programm darf nicht dazu dienen, Schwächen der Landesregierung zu verdecken.

(B)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch eine allgemeine Bemerkung! Allein dadurch, daß der Minister vor zwei Wochen hier und der Staatssekretär im Ausschuß nicht einmal richtig erklären konnten, wo das Geld zum Beispiel für "Therapie sofort" herkommen soll - ich meine die 2 Millionen DM im ersten Ansatz -, ist Verwirrung entstanden.

Wenn ich mir überlege - Herr Kollege Arentz hat es zu Recht kritisiert -, daß selbst für einen Betrag von 2 Millionen DM diesem Minister nichts anderes mehr einfällt, als dieses Geld ausgerechnet aus einem der sogenannten Herzstücke der Regierungserklärung 1990 von Ministerpräsident Rau zu nehmen - nämlich Stichwort Landesaltenplan, Hilfe für alte Menschen -, und wenn ich mir anschauere, was wir alles für Programme und Hilfen und irgendwelche kaum noch nachvollziehbaren Dinge in diesem 7-Milliarden-Etat des Gesundheits- und Sozialministers haben,

(Zuruf des Abgeordneten Arentz [CDU])

(C)

dann wird es auch hier einmal Zeit für eine gründliche Bestandsaufnahme, was denn in diesem Haushalt alles passiert.

Ich sage das als Abgeordneter, der ja schließlich einmal angefragt hat, was es denn zum Beispiel in einem Sammeltitel alles gegeben hat an Anträgen, an Gutachten, an Programmen, an Zuschüssen, wer denn was eigentlich beantragt und wer was bekommen hat, damit dieses Parlament auch seiner Aufgabe nachkommen kann zu prüfen: Was versteckt sich denn dahinter, wenn wir unter dem Titel XY ein paar Millionen bewilligen, und hinterher kann selbst der Abgeordnete in seinem Ausschuß nicht nachvollziehen, wo das Geld geblieben ist?

Wenn sich diese Landesregierung - und so ist es geschehen, Herr Minister Heinemann; der Vorgang ist nicht vergessen, er ist nur auf Frist gelegt, damit Sie es wissen - ausgerechnet hinter dem Datenschutz versteckt bei Geldern, die auf entsprechende Anträge hin öffentlich ausgegeben worden sind, und wenn wir das dann vergleichen mit diesem doch wirklich "unbürokratischen" Vorgehen, wie Sie es genannt haben, bei der 26-Millionen-Förderung für das Projekt in Bochum, dann, Herr Minister, sehen Sie, wo der Schwerpunkt unserer Arbeit auch in den nächsten Monaten liegen wird, und zwar nicht nur im Untersuchungsausschuß, sondern auch in den Ausschüssen des Parlaments selbst. Das gilt sowohl für die Haushälter als auch für die Abgeordneten im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

(D)

Hier scheint mir eine Menge Luft zu sein. Hier scheinen mir eine Menge Projekte zu sein, die alle auf den Prüfstand gehören. Ich glaube, das Stichwort Kienbaum hat sich nicht nur bei Schule und Polizei bewährt. Ich trete dem Gedanken immer näher, daß wir dieses Haus noch gründlicher unter die Lupe nehmen müssen.

Herr Minister Heinemann, vielleicht haben Sie auch den Mut wie Ihre Kollegen - vielleicht scheuen Sie aber auch die Erfahrungen, die die bisher gemacht haben -, einmal zu erfahren, was in Ihrem Hause eigentlich vorgeht, welche Gelder da bewilligt werden. In diesem Sinne bieten wir Ihnen ganz konstruktiv unsere Zusammenarbeit an. - Vielen Dank.

(A) (Lanfermann [F.D.P.])

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke dem Kollegen Lanfermann. - Für die GRÜNEN-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Appel das Wort.

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen zum wiederholten Male in diesem Hause über die Asylpolitik der Landesregierung reden. Ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen, ich mache das eigentlich nicht gern, weil mein Gefühl ist: Je mehr über Asylpolitik geredet wird, desto mehr werden Menschen in ihren Vorurteilen gegen Asylbewerber bestärkt, glauben sie dem Prinzip der teilweise beleuchteten Bühne, als ob die Asylbewerber das politische Problem in diesem Lande wären und nicht in Wirklichkeit 2,7 Millionen fehlender Wohnungen und eine weiter existierende strukturelle Arbeitslosigkeit.

Daß dieses so ist, das liegt aber auch an der Asylpolitik der Sozialdemokratie - auch in Nordrhein-Westfalen, aber auch insgesamt. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat uns im Nachtragshaushalt dargelegt, wie sie gedenkt, den sogenannten "Altparteien-Kompromiß" auf Bundesebene in Nordrhein-Westfalen in die Tat umzusetzen. Herr Engholm hat uns in Schleswig-Holstein vor einigen Tagen vorgeführt, daß er landesweit Zählappelle durchführen kann und daß er auch mit ins Horn derjenigen stößt, die auf der Seite der CDU und der F.D.P. ähnliches fordern, nämlich in der sozialen Krise Sündenböcke zu suchen und Asylbewerber für sogenannten Asylmißbrauch anzuprangern, was dann regelmäßig und auch im Kreis Aachen zutage kommt. Es ist aber weniger der Mißbrauch in einigen wenigen Fällen - -

(Widerspruch des Abgeordneten Kuschke [SPD])

- Lesen Sie sich einmal die Zahlen durch, lassen Sie sich einmal vom Innenminister sagen, Herr Kuschke, wie viele Ermittlungsverfahren und wie viele Verurteilungen es denn im Kreis Aachen am Ende wirklich gegeben hat. Das war ein Bruchteil dessen, was groß in den Zeitungen gestanden hat und was nicht

(C)

ohne Grund so aufgebauscht in den Zeitungen gestanden hat,

(Beifall bei den GRÜNEN)

nämlich um gegen die Schwächsten der Schwachen Politik zu machen. Lesen Sie einmal die Zahlen nachträglich durch.

Aber darum geht es offensichtlich nicht. Sie wollen hier die Verfahrensverkürzungen auf Bundesebene unterstützen, das heißt zwei Wochen Entscheidung Bundesamt, zwei Wochen Entscheidung vor den Verwaltungsgerichten und zwei Wochen im Bereich der Abschiebung. Ich denke, diese Politik trägt auch dazu bei, daß die Stimmung gegenüber Fremden in diesem Lande nicht besser wird und daß die Menschen ihre Vorurteile nicht verlieren.

Ich erspare es mir, Ihnen vorzuhalten, was Ihnen Amnesty International, die Vereinigung der Verwaltungsrichter, der Hohe Flüchtlingskommissar sowohl in Bonn als auch hier in Düsseldorf zum neuen Asylverfahrensgesetz gesagt haben. Aber offensichtlich ist die Landesregierung Nordrhein-Westfalen nicht lernfähig und kapiert nicht, daß dieser Rechtsstaatsabbau, der hier auf Landesebene abgesichert wird, nicht nur die Asylbewerberinnen trifft, sondern letztendlich auch auf alle Bürgerinnen und Bürger zurückschlägt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den ersten Ansatz dazu kennen wir bereits, der nennt sich Justizentlastungsgesetz. Und viele Vorschläge von Einzelrichtern zur Verkürzung der Verfahren oder zur Streichung von Rechtsmitteln sind aus den Entwicklungen der Asylverfahrensgesetze hier für alle Bürgerinnen und Bürger übernommen worden. Das heißt, Asylverfahrensgesetzgebung ist wie in den 70er Jahren die sogenannte Sicherheitsgesetzgebung, die Einstiegsdroge der Bundesregierung, die Einstiegsdroge des Staates, um Bürgerrechte in diesem Lande zu verkürzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich fordere Sie auf - und wir GRÜNEN haben das nachdrücklich getan und werden das wieder tun -, endlich aus dem unseligen sogenannten Kompromiß

(D)

(A) (Appel [GRÜNE])

auszusteigen, der von Anfang an von Herrn Schäuble gemeint auch gar kein Kompromiß war.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Ein fauler Kompromiß war das!)

Er hat ja im Oktober, als die Vorschläge abgestimmt wurden, bereits einen Tag später verkündet, er wolle trotzdem das Grundgesetz ändern. Wir haben jetzt in den Beratungen um das Asylverfahrensgesetz in Bonn erleben müssen, daß eigentlich nichts anderes geplant war, daß auch hier die Sachverständigen nur gehört wurden, um die CDU zu bestätigen in ihren Vorurteilen oder in ihrer vorgefaßten Meinung: Wir müssen das Grundgesetz ändern. Und die "Bild-Zeitung" leistet dann in ausländerfeindlicher Absicht die entsprechende Schützenhilfe. Sie lügt von 400 000 Asylananten, die in die Bundesrepublik kommen wollten, redet weiterhin von Scheinasylananten, obwohl es sich hier um Flüchtlinge handelt und obwohl die Fluchtsachen, wie wir es gerade in diesen Tagen in der Türkei sehen können, nicht nur auf der Tagesordnung sind, nicht nur deutlich zu sehen sind, sondern von der Bundesrepublik durch Waffenlieferungen noch geschaffen worden sind.

(B) Ich finde es unerträglich, Herr Farthmann, wenn der Vorsitzende der Regierungspartei in diesem Lande - hören Sie einmal gut zu! -, wenn es um das Thema "Verfahrensverschärfungen" geht, in der "Rheinischen Post" am 29. Februar wörtlich erklärt:

Prüfung des Antrags so schnell wie irgend möglich, ggf. Überprüfung durch einen Einzelrichter an Ort und Stelle, und dann an Kopf und Kragen packen und raus damit.

Diese skandalösen Äußerungen erzeugen bei den Gewalttätern draußen das Gefühl, daß die Politiker eigentlich ihre Taten billigen und sich nur nicht trauen, das zu tun, was sie vor Ort tun. Damit wird Fremdenfeindlichkeit in diesem Land Vorschub geleistet. Ich finde es verachtenswert, daß so etwas aus sozialdemokratischem Munde gekommen ist, wenn es zutrifft, was die "Rheinische Post" geschrieben hat, und wenn Sie sich hier nicht davon distanzieren, Herr Prof. Farthmann.

(C)

Ich möchte ein Wort zum sogenannten Asylmißbrauch sagen, der durch Gemeinden zur Verbesserung ihrer Finanzen betrieben wird und der meines Erachtens ein eklatanter Beweis dessen ist, daß die SPD in Nordrhein-Westfalen und im Bund politikunfähig ist. Wenn wir hier als GRÜNE deutlich gemacht haben - und wir haben das in Anfragen getan -, daß sich Gemeinden bei den Finanzen bedienen, indem sie zum Beispiel über die Festsetzung von Wohngebühren für Asylbewerber Wuchermieten von z. B. 132 DM pro Quadratmeter einnehmen, daß sie sogar Asylbewerber, die bereits Arbeitsplätze haben, durch überhöhte Mietgebühren zwingen, wieder in das Sozialhilfeniveau zurückzufallen, dann ist das nichts anderes als ein Geldtransfer von Landesebene bzw. Bundesebene auf die Gemeinden.

Der politische Hintergrund, den zur Kenntnis zu nehmen Sie sich weigern, ist der, daß die Gemeinden ausgeblutet worden sind, daß die Gemeinden auf diesem Wege versuchen - ich habe dafür kein Verständnis; aber sie machen es nun einmal -, wieder an Geld zu kommen, indem sie entsprechende Gebühren nehmen, weil die Sozialhilfe bei Asylbewerbern vom Land erstattet wird. Die Gemeinden sanieren dann indirekt damit ihre Haushalte. Das lassen Sie nicht nur zu, sondern Sie meinen sogar, man könnte es mit dem Mantel des Schweigens verdecken, man könnte darüber hinweggehen.

(D)

Anstatt die Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden auf die Tagesordnung zu setzen und hier am wirklichen politischen Problem zu diskutieren, diskutieren Sie daran vorbei, gehen Sie darüber hinweg, ignorieren Sie das Ganze und schieben es den Asylbewerbern zu, sagen: "Ja, da muß man dann da noch ein bißchen prüfen" und gehen damit dieselbe Richtung, wie es Ihre CDU-Kollegen bereits getan haben, das Grundrecht auf Asyl anzutasten.

Wir stimmen deshalb Ihrer Politik und ihrer Art, das Grundrecht auf Asyl im Bereich der Verfahrensgesetze in vorauseilendem Gehorsam auszuhöhlen, nicht zu und stimmen deswegen auch gegen diesen Nachtragshaushalt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Minister Heine-
mann: Also gegen die ... Reform!)

(A)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Herr Kollege Appel. - Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Kuschke das Wort.

Abgeordneter Kuschke (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Arentz, Sie entwickeln sich in den letzten Monaten zunehmend zu einem unheimlichen und unsozialpolitischen Sprecher Ihrer Fraktion. Anders kann man die Vorstellung, die Sie hier gegeben haben, nicht mehr bezeichnen. Der Punkt ist nicht, daß irgend jemand hier irgend etwas zu spät aufgegriffen hat, wie Sie beim Thema "Asyl" angemerkt haben, sondern Tatsache ist, daß die Bundesregierung seit über zehn Jahren nicht in der Lage ist, eine schlüssige Ausländer- und Zuwanderungspolitik zu formulieren. Daher kommen die Probleme, die wir im Augenblick haben.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Kollege Arentz, die Krokodilstränen über die Verpflichtungsermächtigung von 45 Millionen DM hätten Sie sich ersparen können. Denn im Grunde hätten die Liegenschaften des Bundes den Ländern kostenlos zur Verfügung gestellt werden müssen. Das ist die einhellige Forderung aller Länder an den Bund gewesen. Nur weil der Bund dem nicht nachkommt und deshalb entsprechende Mieten entstehen, müssen wir diese Verpflichtungsermächtigung ausbringen.

(B)

Ich komme einmal auf Ihr Thema "Mißbrauch" zurück. Herr Kollege Arentz, entweder wollen Sie es nicht wahrhaben oder Sie sind so naiv. Aber das letzte glaube ich nicht, weil ich Sie ja auch kenne. Die nordrhein-westfälische Gemeindeordnung gibt den Weg, der in Schleswig-Holstein gegangen worden ist, einen solchen Zählappell durchzuführen, überhaupt nicht her. Schauen Sie sich einmal an, was die Sozialämter der CDU-regierten Städte zu Ihrer Forderung sagen! Diese Sozialämter sagen - genauso wie ich das über eine Versammlung der Sozialämter im Kreis Unna, wo es auch CDU-regierte Städte gibt, habe nachlesen können -, daß diese Zählungen absolut überflüssig sind, weil sie mit der zunehmenden Umstellung von Bargeldzahlungen auf die Ausgabe von Wertgutscheinen gar nicht mehr notwendig sind.

(Zuruf des Abgeordneten Arentz [CDU])

(C)

- Ja, in CDU-regierten Städten. Da ist diese Umstellung nämlich noch nicht passiert. Das ist doch der Punkt, Herr Arentz.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Kollege Arentz, wir werden Sie heute noch etwas mehr entblättern. Wir kommen nämlich jetzt zum Thema "Therapie sofort", das uns allen sehr am Herzen liegt.

Vizepräsident Schmidt: Kollege Kuschke, würden Sie vorher noch eine Frage von Herrn Arentz beantworten?

Abgeordneter Kuschke (SPD): Nein, im Augenblick noch nicht,

(Zuruf des Abgeordneten Lanfermann [F.D.P.])

wobei das "Outing" bei der F.D.P. in diesem Punkt nicht notwendig sein wird, Herr Kollege Lanfermann. Denn siehe da: Nach dem Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses - und das halte ich für eine Ungeheuerlichkeit - haben CDU und GRÜNE den Punkt "Therapie sofort" abgelehnt, meine Damen und Herren.

(D)

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Das ist doch Unsinn!)

- Ich habe hier die Drucksache 11/3450, aus der ich mit Genehmigung des Präsidenten vorlesen darf:

Die übrigen Empfehlungen des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge mit Ausnahme des Antrags Nr. 9 der Anlage zu Vorlage 11/1126 wurden mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion angenommen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das war die Gesamtabstimmung, nicht die Einzelabstimmung!)

(A) (Kuschke [SPD])

- Entschuldigen Sie, Herr Kollege Vesper. Sie und Ihr Kamerarist Busch sind doch sonst die Experten bei Anträgen auf Einzelabstimmung. Warum haben Sie es denn dabei nicht gemacht?

(Beifall bei der SPD)

Im Grunde genommen ist doch das Problem, daß Herr Busch wieder mit seiner kameraristischen Erbsenzählereipolitik und -strategie in die Ausschußberatungen hineingegangen ist, und dann paßte ihm das nicht.

Während Sie, Herr Kollege Arentz, noch über 2 Millionen DM und die Ankündigung des Ministers, diese auszugeben, sowie die Frage, woher er diese denn kriegen will, nachgequängelt haben - anders kann man es nämlich nicht bezeichnen -, haben die Mehrheitsfraktion und dieser Minister mit der Stabilisierung von "Therapie sofort" in Dortmund und der Ausweitung in Köln einen Weg beschritten, der bundesweit einzigartig ist.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Jetzt will ich Ihnen noch einmal etwas anderes sagen. Die soziale Spaltung zwischen alten Menschen und Junkies, die Sie zu betreiben versuchen, ist das Ungeheuerlichste, was ich seit Monaten in diesem Hohen Hause gehört habe.

(Beifall bei der SPD)

Seit mehreren Jahren - ich sage das ganz deutlich -, nämlich seitdem dieser Minister dafür die Zuständigkeit und Verantwortlichkeit hat, seitdem differenzierte Wege gegangen werden, seitdem gesagt wird, es gebe nicht nur einen Königsweg, seitdem Dinge auch erprobt werden und vor allen Dingen, Herr Kollege Arentz, seitdem das Prinzip Mitmenschlichkeit, menschliches Mitgefühl und Anerkennung besteht und Drogensucht als Krankheit gilt - da, denke ich, geht Ihnen noch einiges ab, Herr Kollege Arentz -, betreibt das Land Nordrhein-Westfalen eine mustergültige, für die Bundesrepublik Deutschland beispielgebende Drogenpolitik. Nur Sie haben es noch nicht gemerkt, Herr Kollege Arentz.

(Beifall bei der SPD)

(C)

Nun kommen wir zu der Aussage, die Sie bezüglich der Therapieplätze gemacht haben, Herr Kollege Arentz. Sie wissen doch selbst, daß die Kostenträger Ihnen und unserer Fraktion in der Vergangenheit vorgeweint haben, es seien nicht ausreichend Therapieplätze in Nordrhein-Westfalen vorhanden. Sie haben die Frage häufiger gestellt; wir haben sie häufiger gestellt.

(Zuruf des Abgeordneten Arentz [CDU])

- Herr Kollege Arentz, warten Sie, ich komme auf den Schlenker. Ich will ja nicht abstreiten, Herr Kollege Arentz, daß uns unter Umständen diese Aussage eine Zeitlang lieb war. Um so mehr erfreut es uns, daß infolge der Erfahrungen mit dem Modell "Therapie sofort" diese Möglichkeiten nicht mehr zugelassen werden, sondern daß wir aufgrund der Erfahrungen mit "Therapie sofort" eindeutig vor die Entscheidung gestellt werden - das haben wir mit dem Nachtragshaushalt getan; wir vollziehen das im Augenblick -, "Therapie sofort" in Dortmund auszubauen und in Köln für den rheinländischen Bereich anzubieten.

Herr Kollege Arentz, ich bin sogar der Meinung - ich fordere Sie auf, mit uns daran mitzuwirken -, daß über diese beiden Städte hinaus in anderen Großstädten und Kreisen möglicherweise ähnliche Modelle durchgeführt werden sollten: Aber, Herr Minister Heinemann, das wird erst möglich sein, wenn wir die Kostenträger zu einer anderen Finanzierungspolitik in diesem Bereich gebracht haben. Denn diese Summen können nicht in der bisherigen Art und Weise vom Land Nordrhein-Westfalen aufgebracht werden.

(D)

Sie haben Ausführungen zum Maßregelvollzug gemacht; Sie haben den Begriff "deckeln" verwendet, der hier völlig unangemessen ist. Wir haben versucht, mit den Landschaftsverbänden zusammen in einer Reihe von Gesprächen zu Pauschalierungssätzen und zu vernünftigen Abrechnungsverfahren zu kommen. Die Befürchtungen, die Sie hier geäußert haben, entbehren jeder Grundlage.

Jetzt komme ich zu dem Kollegen Lanfermann; er erscheint gerade wieder. Herr Kollege Lanfermann, Sie haben vorhin so toll den Gestaltungswillen der F.D.P., unter anderem in der Sozialpolitik, angekündigt. Herr Kollege Lanfermann, dann lassen Sie uns

(A) (Kuschke [SPD])

doch dem Hohen Hause einmal mitteilen, daß Ihre Gestaltungspolitik bei den Haushaltsberatungen und bei den Nachtragshaushaltsberatungen so aussah, daß Sie überhaupt keinen einzigen Antrag gestellt haben. So sieht die Gestaltungspolitik der F.D.P., vertreten durch Herrn Lanfermann, aus.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Sagen Sie die Begründung auch dazu!)

- Die Begründung gebe ich jetzt aus meiner Sicht.

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Nein, meine Begründung müssen Sie wiedergeben!)

- Diese können sie selber geben.

Die Begründung, die der Wahrheit am nächsten kommt, Herr Kollege Lanfermann, ist doch die, daß Sie Gewehr bei Fuß stehen und der Aufforderung von Herrn Möllemann folgen, rigiden Sozialabbau und die Verabschiedung aus der Sozialpolitik zu betreiben.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Deshalb beteiligen Sie sich nicht an der Sozialpolitik in diesem Lande und haben Sie sich auch nicht an den Nachtragshaushaltsberatungen beteiligt.

Meine Damen und Herren, wir haben schmerzhaft feststellen müssen - das ist für uns wirklich Anlaß, verschärft darüber nachzudenken -, daß wir, was die finanzpolitischen Möglichkeiten des Landes angeht, letztendlich an unsere Grenzen gekommen sind. Insofern, Herr Kollege Appel, sind wir Ihnen dankbar dafür, daß auch Sie das mittlerweile gemerkt haben und daß Sie sich dafür einsetzen und beim Bund darauf drängen, daß wir zu einem anderen Finanzausgleich kommen. Nur, die Behauptung, wir hätten das in der Vergangenheit nicht getan, war überflüssig und nicht richtig.

Meine Damen und Herren, angesichts der schwierigen finanzpolitischen Situation denke ich, daß die Landesregierung einen vernünftigen Nachtragshaushaltswurf vorgelegt hat und daß wir mit den Änderungsanträgen der SPD-Fraktion einen wichtigen, notwendigen und soliden Weg gehen. - Herzlichen Dank.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Kuschke. - Für die Landesregierung hat der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Hermann Heinemann, um das Wort gebeten.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem ich die Debatte zum Nachtragshaushalt verfolgt habe, komme ich zu dem Ergebnis: Hier wird erst einmal wieder mächtig gemischt. Alles, was Wahrheitsgehalt hat, wird heraus-sortiert; der Rest wird dann wiederum durcheinandergemischt, und man ergeht sich in Falschdarstellungen und im Zünden von Nebelkerzen.

(Abgeordneter Meyer [Hamm] [CDU]: Das ist eine ganz alte Leier!)

So kann ich die Ausführungen des Herrn Arentz und die des Herrn Lanfermann heute hier nur verstehen.

(D)

Wenn Herr Arentz hier behauptet, die SPD sei nicht bereit, den Asylmißbrauch zu bekämpfen, dann sage ich: Das ist eine Falschdarstellung, die kaum über-treffbar ist.

Herr Arentz, wer fordert denn seit Jahren den Bund auf, endlich die Voraussetzungen der erkennungsdienstlichen Behandlung zu schaffen? Wer fordert den Bund auf, seine Schularbeiten zu machen? Wer fordert den Bund auf, die technischen Voraussetzungen zu nutzen, die gegeben sind, um den Kommunen nicht erst nach neun oder zwölf Monaten den Abgleich zuzustellen?

(Zuruf von der F.D.P.: Immer die anderen!)

- Aber reden Sie doch nicht einen solchen Blödsinn! Sie haben bis heute noch nicht begriffen, wer wofür zuständig ist.

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Darf das hier jeder so sagen?)

(A) (Minister Heinemann)

- Sie begreifen nicht, wofür jemand zuständig ist. Und wenn die Zuständigkeit des Bundes uns behindert, dann ist es für mich unerträglich, zu sagen: "Immer die anderen!", sondern dann muß ich dem Bund einmal sagen: "Wenn du hier deine Schularbeiten machst, sind wir in der Lage, den Mißbrauch zu bekämpfen."

Herr Lanfermann, zu Ihrer Bemerkung "Darf man das hier sagen?" würde ich Ihnen einmal empfehlen, den Kommentar Herrn Surholts zu lesen. Vielleicht haben wir heute noch einmal die Gelegenheit, etwas über Ihr Verhalten zu zitieren. - Aber das nur am Rande!

Herr Ruppert, ich sage Ihnen: Wenn diese Voraussetzungen nicht geschaffen werden, wenn die Sachbearbeiter bei den Sozialämtern - und das sind ja wohl die Experten - sich beschweren, daß der Bund sie im Regen stehen läßt, wenn wir aufgrund dieses Versäumnisses des Bundes nicht in der Lage sind, die Notwendigkeiten zu erfüllen, dann ist es für mich unverständlich, wenn Sie zurückweisen, daß ich dies kritisiere. Neun bis zwölf Monate dauert der Abgleich! Dann braucht die Kommune ihn nicht mehr. Und wenn die Zahl der rückständigen Anträge in Zirndorf von Monat zu Monat wächst, wenn wir fast 300 000 rückständige Anträge in Zirndorf haben,

(B)

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Hört, hört!)

wenn dort nicht mehr Personal eingestellt wird und die Zahl der Rückstände immer größer wird, dann frage ich mich: Was soll man denn von diesem Gerede des Herrn Arentz halten, wenn er dem Land derartige Vorwürfe macht, wo wir doch auf der anderen Seite wissen, daß die Schlampigkeit in Zirndorf das Land Nordrhein-Westfalen jährlich 150 bis 200 Millionen DM kostet?

(Zuruf von der SPD: Das ist unerhört!)

Da liegen die Fehler. Darin liegt das Problem. Und die CDU redet über Artikel 16, obwohl sie weiß, daß sich überhaupt nichts ändert, wenn der nur verändert wird. Überhaupt nichts!

(Abgeordneter Champignon [SPD]: So ist es.)

(C)

Sie tut das, um von den eigenen Schwächen in Bonn, in Zirndorf abzulenken, weil sie die Probleme nicht den Griff bekommt. Das war bei Herrn Zimmermann so, das hat sich verstärkt bei Herrn Schäuble, und den Höhepunkt erleben wir jetzt unter Herrn Seiters.

Vizepräsident Schmidt: Herr Minister Heinemann, würden Sie eine Frage von Herrn Appel zulassen?

(Minister Heinemann: Jederzeit! Ich bitte aber, auf die Zeit zu achten!)

- Bitte schön, Herr Appel!

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Herr Minister, ich wollte Sie fragen, ob ich richtig gehört habe, daß Sie gesagt haben, die nordrhein-westfälische Landesregierung stimme zu oder betreibe sogar, daß auf Bundesebene die Rechtsgrundlage dafür geschaffen wird, daß von allen AsylbewerberInnen Fingerabdrücke genommen werden können. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Herr Appel, ich bin der Auffassung, daß das eine Selbstverständlichkeit ist. Wenn ich an dieses Land Forderungen stelle, muß ich auch Bedingungen erfüllen, muß ich mit dafür sorgen, daß Mißbrauch in unserem Lande nicht möglich ist. Deshalb bin ich dafür, daß für alle die erkennungsdienstliche Behandlung erfolgt. Ich halte das auch nicht für eine Diskriminierung. Und ich sage Ihnen ebenso offen: So, wie sie jetzt geschieht, nützt sie nichts - sie geschieht ja schon in den Kommunen -, weil man einfach die Möglichkeiten nicht nutzt, die uns die Technik bietet.

(D)

Es ist schon eine Falschdarstellung, hier Schleswig-Holstein in die Diskussion hineinzubringen. Herr Arentz, Sie kennen die Unterschiede - Herr Kuschke ist darauf eingegangen - zwischen der Verfassung von Nordrhein-Westfalen und der von Schleswig-Holstein. Sie wissen, daß Herr Jansen mehrmals zählen wollte, es aber nicht getan hat, weil die Voraussetzungen einfach nicht gegeben sind. Hat sich denn nicht der Oberkreisdirektor in Aachen darüber beschwert, daß der Erfolg der Zählung durch die Schlampigkeit beim

(A) (Minister Heinemann)

Bundeskriminalamt und beim Bundesinnenministerium in Bonn in Frage gestellt wird?

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Unsinn!)

Herr Meyer, Sie lachen. Ihr Lachen beweist mir, daß Sie überhaupt nicht wissen, warum Sie lachen.

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Unsinn!)

Aber das ist ja nicht das erste Mal; das habe ich ja bei Ihnen in der Vergangenheit schon des öfteren erlebt.

(Zustimmung bei der SPD)

Das zweite Thema, das wir mit dem Nachtragshaushalt ansprechen, ist das der Drogenabhängigen. Es befremdet mich schon und es erschüttert mich auch, wie hier über das Schicksal kranker Menschen von manchen die Diskussion geführt wird. Ich diskutiere mit Ihnen nicht darüber, ob wir 20 000 oder 30 000 drogenabhängige Menschen in Nordrhein-Westfalen haben. Die Frage kann niemand beantworten; es sind Schätzzahlen, und es wäre falsch, daran die Diskussion aufzuziehen. Ich will auch gar nicht eine Diskussion darüber führen, daß die Zahl der Drogenabhängigen, gemessen an der Zahl der Alkoholabhängigen, eine geringe ist.

(B)

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Das entschuldigt das Problem nicht!)

Ich will auch nicht die Diskussion darüber führen, daß die Zahl der Medikamentenabhängigen ungefähr zehnmal so hoch ist wie die Zahl der Drogenabhängigen.

Wenn ich Ihre Rede, Herr Arentz, höre, erinnere ich mich daran, wie wir vor fünf oder sechs Jahren diskutiert haben. Wenn wir Ihnen gefolgt wären, hätten wir in der Drogenpolitik noch die Situation von 1980 oder 1985.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie waren gegen jedwede fortschrittliche Drogenpolitik. Sie haben mit allen Mitteln das Methadon-Pro-

(C)

gramm der Landesregierung bekämpft und in Mißkredit gebracht.

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Heinemann, hör auf!)

Sie haben nicht das Schicksal dieser Menschen in den Vordergrund Ihrer Überlegungen gestellt. Ich sage Ihnen dazu, Herr Arentz: Es gibt keinen Königsweg. Ich habe immer wieder betont: Es gibt viele Wege, die ich gehen muß, um den Menschen mit unterschiedlicher Mentalität, mit unterschiedlichen Abhängigkeiten, mit unterschiedlichen Problemen helfen zu können. Da gibt es für den einen die Möglichkeit des Methadon-Programms mit der Chance, eventuell aus dem Methadon herauszukommen, und da gibt es für den anderen die Möglichkeit, in einer drogenfreien Therapie sein Leben in geordnete Bahnen zu lenken. Für mich ist das Wichtigste die drogenfreie Therapie, um allen Unterstellungen vorzubeugen.

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Das kann man Ihrer Politik nicht ansehen!)

- Aber, Herr Arentz, Sie wollen das nicht! - Ich weiß aber: Wenn ich Menschen zwei-, dreimal im Programm gehabt habe, kann ich Ihnen gar nicht anders helfen. Ich habe mir das in Holland angesehen; ich wünschte, wir wären in manchem so weit. Sie haben Holland immer als das Eldorado der Drogenabhängigen, der Heroinabhängigen diffamiert. Ich sage Ihnen: Wer sich Möglichkeiten für Menschen verschließt, wer nicht bereit ist, Drogenabhängige als Kranke anzuerkennen, wie es Frau Hasselfeldt tut, wer sich dem verschließt, muß sich auch die Frage gefallen lassen, ob er nicht ein Stück Mitschuld an der hohen Zahl der Drogentoten in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik trägt.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Er muß sich auch den Vorwurf gefallen lassen, daß er nicht bereit ist, etwas gegen die steigende Kriminalität durch diese abhängigen Menschen zu tun.

Vizepräsident Schmidt: Herr Minister Heinemann! Herr Arentz wollte Sie noch etwas fragen.

(A)

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Bitte! - Wenn ich das noch sagen darf: Diese Frage muß man sich gefallen lassen, und man darf sich nicht wundern, wenn man dann auch Vorwürfe von den Menschen bekommt.

Herr Arentz, lassen Sie mich auch das noch sagen: Vor sechs Jahren waren alle dagegen. In der Frage der nordrhein-westfälischen Drogenpolitik haben wir eine Mehrheit in der Bundesrepublik Deutschland. Dagegen sind Bayern, Baden-Württemberg, Frau Hasselfeldt und die nordrhein-westfälische CDU. Alle anderen haben ihre Auffassung in dieser Frage den Gegebenheiten angepaßt. Und Sie werden auch in zehn Jahren, befürchte ich, in dieser Frage nicht bereit sein, das Schicksal der Eltern abhängiger Menschen in Ihre Überlegungen einzubeziehen und die Krankheit der Menschen zu akzeptieren.

Unsere Politik muß doch sein, die Situation der Volksgesundheit in den Vordergrund zu stellen. Ihr Abwinken, Herr Arentz, beweist mir, daß Sie daran gar nicht interessiert sind, sonst würden Sie sich hier im Landtag nicht so benehmen.

(B)

Vizepräsident Schmidt: Herr Minister, würden Sie diese Frage noch zulassen?

(Minister Heinemann: Ja!)

- Herr Arentz, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Arentz (CDU): Herr Minister, wenn Sie hier ausführen, daß für Sie die drogenfreie Therapie immer im Mittelpunkt gestanden hätte, können Sie uns dann bitte mal erklären, wieso das Land Nordrhein-Westfalen im Verhältnis zur Einwohnerzahl von allen alten Ländern in der Bundesrepublik die geringste Zahl an Therapieplätzen hat?

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Herr Arentz, ich habe Ihnen darüber des öfteren Auskunft gegeben. Ich sage es Ihnen noch einmal, ich hoffe, Sie begreifen es dann.

(C)

Ich habe Jahre mit den Trägern im Gespräch gestanden. Ich habe jahrelang von den Trägern immer wieder gesagt bekommen: Wir brauchen nichts mehr. Die Träger haben sich gegen eine Ausweitung dieser Therapieplätze gestellt, bis ich es leid war und gesagt habe: Jetzt höre ich nicht mehr auf die Träger, sondern ich weise die Plätze aus.

Jetzt sind wir schon einen Schritt weiter. Wir haben dieses Programm "Therapie sofort" in die Welt gesetzt und haben von Ihnen bis heute dazu nur Meckerei hier gehört, wie es auch heute geschieht. Sie stimmen gegen den Haushalt. DIE GRÜNEN und Sie und die F.D.P. stimmen dann auch gegen "Therapie sofort". Das werden wir den Menschen draußen sagen.

(Beifall bei der SPD)

Man kann sich nicht immer verstecken, hier eine Schau machen und nach draußen den Eindruck erwecken: Aber wir sind die Besseren. Das Gegenteil ist der Fall, und das Gegenteil werden wir auch draußen sichtbar machen.

Vizepräsident Schmidt: Herr Minister, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(D)

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Ich hätte noch sehr viel zu sagen, aber lassen Sie mich noch eines sagen. Es ist schon erschreckend, daß die Bundesgesundheitsministerin Sucht, Drogenabhängigkeit nicht als Krankheit anerkennt. Man muß noch Krebs oder Aids dabei haben.

(Widerspruch bei der CDU)

Ich habe mit ihr beim Süddeutschen Rundfunk diskutiert, wo sie diese Auffassung vertreten hat. Ich sage, wer so Gesundheitspolitik macht, der geht ein großes Risiko für die Menschen ein.

Ich habe in der Entwicklung der Drogenpolitik - da möchte ich auch politisch Andersdenkende erwähnen, die eine fortschrittliche Auffassung haben - mit Frau Süßmuth manchen Schritt nach vorn getan. Nach Frau Süßmuth kam Frau Lehr. Da ging es rückwärts.

(A) (Minister Heinemann)

Ich hatte gedacht, daß das der Höhepunkt des Rückwärtsganges war. Aber das hat sich noch bei der Politik der Frau Hasselfeldt verstärkt, die auf diesem Gebiet eine derart restriktive Politik betreibt, daß ich mir große Sorgen für viele kranke Menschen in unserem Land mache. Das ist nicht Gesundheitspolitik. Das ist Anti-Gesundheitspolitik, was in Bonn gemacht wird.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Herr Lanfermann, hatten Sie sich gemeldet? Dann ist eine neue Runde eröffnet. Ich darf Herrn Lanfermann für die Fraktion der F.D.P. das Wort erteilen.

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das war schon ein Ausbund an Hilflosigkeit, wenn man das politisch bewerten will, was wir gerade gehört haben. Die andauernden und immer schlimmer werdenden Ausfälle gegen Bonn können ja nicht darüber hinwegtäuschen: Hier ist der Ort, an dem Gesundheits- und Sozialpolitik des Landes diskutiert wird. Hier ist der Ort, wo der Minister auf der Waage steht. Und jetzt sind Sie wirklich zum wiederholten Male, trotz der Schwere Ihrer Angriffe, als zu leicht befunden worden.

(B)

Herr Minister Heinemann, ich weiß nicht, ob das hier wirklich so weitergehen kann. Ich greife jetzt mal jemand anderen heraus und will die Sachen, die Sie gegen mich gesagt haben, gar nicht benennen. Aber wenn Sie zum Beispiel dem Sprecher der CDU-Fraktion hier öffentlich vorwerfen, er sei an der Volksgesundheit überhaupt nicht interessiert, dann weiß ich nicht, wo wir uns hier bewegen - bei aller Schärfe der Auseinandersetzung.

Daß wir hier alle unserem Auftrag nachkommen und vielleicht mit unterschiedlichen Ideen und unterschiedlichen Schwerpunkten sagen, wie die Landespolitik in einem Bereich aussehen soll, ist selbstverständlich. Aber daß Sie dann praktisch dem Kollegen gleich noch unterstellen, das alles interessiere ihn gar nicht, ganz im Gegenteil, es sei ihm sozusagen egal, was mit den Menschen und mit ihrer Gesundheit passiert,

(C)

und dann gleich noch im Nebensatz - das war auch äußerst perfide - sozusagen allen, die nicht Ihre Vorstellungen beim Methadon-Programm teilen, gleich unterschrieben, sie seien jedenfalls für mehr Todesfälle, also für den Tod von Suchtkranken verantwortlich, das ist zuviel. Lesen Sie dann bitte nochmal ganz genau im Protokoll nach, Herr Minister Heinemann, was Sie uns hier zugemutet haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich widerspreche hier ausdrücklich dieser Methode, indem Sie jetzt schon ankündigen, im Lande die Unwahrheit zu sagen. Es haben die Sprecher aller drei Oppositionsfraktionen zu dem Stichwort "Therapie sofort" eindeutig gesagt: Jawohl, das ist einer der möglichen Wege. Wir freuen uns, daß es angenommen wird. Wir würden uns noch mehr freuen, wenn nicht nur jeder siebte einen Platz bekäme. Denn zunächst heißt es dort: Warten sofort. Nur jeder siebte bekommt doch sofort einen Therapieplatz, um mal das, was Sie immer sagen, ins rechte Licht zu rücken.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Aber den Menschen im Saal, die hier zuhören, denen draußen verkaufen zu wollen, wir wären dagegen, nur weil wir gegen den Einzelplan stimmen, ist doch nicht richtig.

(D)

Also, lassen Sie doch das Wedeln mit dem Papier, Herr Kollege Kuschke. Sie sind hier doch gerade schon überführt worden. Es gibt eine GesamtAbstimmung zum Kapitel. Wenn wir mit wesentlichen Punkten nicht einverstanden sind, dann stimmen wir als Opposition gegen dieses Kapitel und gegen diesen Nachtragshaushalt, genauso wie wir gegen den ganzen Landesetat 1992 gestimmt haben und trotzdem natürlich dafür waren, daß bestimmte Projekte im Drogenbereich so durchgeführt werden.

Sie werden doch nicht öffentlich behaupten wollen, wir hätten gegen Drogenmaßnahmen gestimmt, bloß weil wir den Landeshaushalt 1992 abgelehnt haben. Das ist doch wirklich das, was sich Klein-Fritzchen unter Politik vorstellt, daß Sie einer Opposition bei jedem beliebigen Punkt, den Sie sich herausgreifen, vorwerfen können: Da waren die mal wieder gegen

(A) (Lanfermann [F.D.P.])

ein sinnvolles Projekt, und nur die Kollegen von der SPD sind für die guten Dinge im Lande verantwortlich. So einfach können Sie es sich nicht machen.

Und in dieselbe Ecke gestellt gehört der Kollege Kuschke, der auch wieder einmal nur die Hälfte erzählt hat und mittels der Kunst des Weglassens den falschen Eindruck erwecken wollte, als sei die F.D.P. an gewissen Dingen nicht interessiert.

Herr Kollege Kuschke, ich habe Ihnen bereits aus Anlaß des Landeshaushalts 1992 gesagt: Wir, die F.D.P., werden keine Anträge zum Haushalt stellen, solange Sie schon vorher ankündigen, daß Sie überhaupt nicht mehr zu ernsthaften parlamentarischen Beratungen bereit sind. Sie haben in einem 7-Milliarden-DM-Etat, dem Landeshaushalt 1992, gerade 20 Millionen DM bewegt. 20 Millionen DM haben Sie bewegt! - Das war übrigens weniger, als Herr Heinemann in Bochum mit einem Schlag gegeben hat; diese Bemerkung nur deshalb, damit Sie einmal Ihre Bedeutung hier erkennen.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

(B)

Und diese 20 Millionen DM, die Sie bewegt haben, die haben Sie vorher in Ihrem Arbeitskreis ausgekündigt - um es einmal ganz deutlich zu sagen -; es hat anschließend niemand mehr auch nur vielleicht 10 000 DM abgegeben. Die Kollegen von der CDU-Fraktion haben noch - gegen besseres Wissens, muß man nach den Erfahrungen der Vorjahre sagen - im Ausschuß für wirklich anerkanntswerte Dinge 10/20 000 DM gefordert, haben fast auf den Knien vor Ihnen gelegen und gefleht: Laßt uns doch einmal darüber sprechen!

(Zuruf des Abgeordneten Arentz [CDU])

- Doch, fast war es so, Kollege Arentz. - Und was haben sie gehört? - Nein; wir können uns nicht bewegen; wir haben uns geeinigt; wir machen nichts mehr. - Es war doch eine Verhöhnung parlamentarischer Arbeit, die bei den Haushaltsberatungen im Ausschuß stattgefunden hat.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

(C)

Ich spreche für die Kollegen in den anderen Ausschüssen mit, denen es genauso gegangen ist.

Sie sind doch froh und glücklich, wenn Sie als absolute Mehrheit sich untereinander einigen können. Und nun tun Sie doch nicht so, als legten Sie ernsthaft Wert darauf, daß die Kollegen von den Oppositionsfraktionen wirklich am Haushalt mitarbeiteten. Erst wenn diese absolute Mehrheit gebrochen ist, wird es hier wieder zu normalen Haushaltsberatungen kommen - es sei denn, Sie ließen sich freiwillig eines Besseren belehren; Anzeichen aus dem Lande, daß die Menschen mit Ihrer Politik wirklich nicht mehr einverstanden sind, erhalten Sie ja genug.

Meine Damen und Herren, wenn es so ist und wenn ich also hier damals schon abgekündigt habe, daß wir, solange Sie bezüglich der Kollegialität und im Ergebnis so undemokratisch operieren und nicht bereit sind, auf uns zuzugehen, keine Anträge stellen, dann ist es geradezu eine Unverschämtheit, hier zu behaupten, die Tatsache, daß wir keine Anträge für diesen Bereich dieses Nachtragshaushaltes vorgelegt hätten, sei ein Zeichen von Desinteresse. Nein, so ist es nicht, Herr Kollege Kuschke. Und durch dauerndes Wiederholen können Sie diese Behauptung auch nicht zur Wahrheit machen.

(D)

Eines möchte ich noch anmerken. In einem Schlenker haben Sie von Herrn Möllemann gesprochen. - In der Tat: Herr Möllemann scheint mir der einzige zu sein, der früh genug den Mut hatte, in Bonn die Wahrheit zu sagen, was die künftigen Ansprüche angeht. Und ganz klar ist: Bis auf das Begleitpaket der sozialflankierenden Maßnahmen im Rahmen der Novellierung des § 218 wird es in Bonn mit der F.D.P. keine neuen Leistungsgesetze mehr geben. Das ist ganz klar! Die anderen Parteien wissen, daß es so ist.

Ich verstehe nicht, wieso Sie sich hier darüber aufregen können, daß jemand die Wahrheit sagt, wenn man jetzt doch in den Zeitungen nachlesen kann, daß Sie in Ihrer Fraktion den Landes-Offenbarungseid geleistet haben. Sie versuchen es allerdings noch zu umjodeln wie etwa mit dem Entschließungsantrag, in dem Sie sich selbst schon die Persilscheine ausstellen. Nur gilt auch hier in der Landespolitik: Sie haben das Geld schon dreifach ausgegeben. Deswegen können

(A) (Lanfermann [F.D.P.])

Sie es nicht ausgeben, und deswegen werden Sie Einschnitte vornehmen müssen.

Und von daher: Schauen Sie auf Herrn Möllemann nicht im Zorn, sondern lernen Sie lieber von ihm, wie man Probleme offensiv angeht. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Herr Kollege Lanfermann. - Für die GRÜNEN-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Kreutz das Wort.

Abgeordneter Kreutz (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Lanfermann, zum Stichwort "Möllemann" werde ich mich heute jeden Kommentars enthalten. Sonst laufe ich wieder Gefahr, mir eine Rüge einzuhandeln.

Herr Kuschke, Ihre haltlosen Einwände gegen die GRÜNEN-Landtagsfraktion im Zusammenhang mit "Therapie sofort" und die Behauptung, die GRÜNEN wären gegen dieses Projekt gewesen, zeigen nur deutlich, daß Ihrer Fraktion überhaupt nichts mehr einfällt, um dem argumentativen Druck der GRÜNEN-Landtagsfraktion entgegenzutreten. Sie wissen genau, Herr Kuschke, daß es die GRÜNEN-Fraktion war, die im zuständigen Fachausschuß einen Antrag gestellt hat, "Therapie sofort" bedarfsgerecht, nach den bedarfsgerechten Zahlen von Minister Heinemann, zu fördern, und daß es Ihre Fraktion war, die eine Förderung in dieser Höhe nicht für notwendig erachtet hat.

Wenn Sie es wollen - Sie können es gerne so haben -, dann führen wir hier eine Einzelabstimmung über diesen Antragsbereich durch. Und wir werden selbstverständlich zustimmen. Das ist überhaupt kein Thema. Aber Sie wissen so gut wie ich, daß das ein absolutes Scheingefecht ist.

Herr Arentz, zur Drogenpolitik! Wenn man Ihre Ausführungen zur Drogenpolitik ernst nimmt und daraus Schlußfolgerungen zieht, muß man feststellen, daß Sie offenbar für die Einführung eines strafbewehrten Alkoholverbotes eintreten, was dann dazu führen würde, daß so mancher Politiker aus dem

(C)

Bundestag und auch aus diesem Landtag erhebliche Probleme bekäme, sich entweder im Knast oder möglicherweise sogar wegen Beschaffungskriminalität im Maßregelvollzug wiederfände. Vielleicht wären Sie unter diesen Umständen bereit, sich einer ärztlich kontrollierten Abgabe von Alkohol an Suchtkranke nicht länger zu verschließen.

(Zuruf des Abgeordneten Dorn [F.D.P.] - Weitere Zurufe)

Ich kann mich zu diesem Thema nur den Ausführungen der Zweiten Kammer des Landgerichts Lübeck vollinhaltlich anschließen, die gesagt hat, daß es völlig absurd ist, das Suchtgift Alkohol nicht nur legal zu vertreiben, sondern sogar noch durch Werbemaßnahmen zu fördern, obwohl es 40 000 Alkoholtote pro Jahr gibt, und auf der anderen Seite Cannabisprodukte, die weltweit das unschädlichste Mittel zur Verwirklichung des Grundrechts auf Rausch sind - dabei gibt es weltweit Null Tote -, zu kriminalisieren. Und die Herointoten, Herr Kollege Arentz, sind nicht die Folge der Droge an und für sich, sondern in erster Linie die Folge der Bedingungen, in die heroinsüchtige Menschen durch Illegalität, durch Zwang zur Beschaffungskriminalität, durch die dadurch bedingte soziale Verelendung gezwungen werden. Das sind die Ursachen der Drogentoten und nicht die Droge an sich.

(D)

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Abgeordneter Dr. Haak [SPD]: Das habe ich noch nie gehört! - Weitere Zurufe)

- Das haben Sie noch nie gehört? Dann lesen Sie sich einmal durch, was der Vorsitzende Richter der Zweiten Strafkammer Lübeck dazu ausgeführt hat.

(Erregte Zurufe)

Das Bundesverfassungsgericht wird sicher Gelegenheit haben, sich zu diesem Thema zu äußern.

(Erneut zahlreiche Zurufe)

Herr Minister Heinemann, was Sie zur Asylpolitik geäußert haben, will ich jetzt nicht mehr ausführlich kommentieren, sondern will Ihnen nur noch einmal sagen, daß ich weiß, daß sich sehr vielen Mitgliedern

(A) (Kreutz [GRÜNE])

Ihrer eigenen Partei und ganzen Unterbezirksverbänden der Magen umdreht bei dem Tempo, mit dem Sie sich in der Asylpolitik vor den Karren der CDU spannen lassen.

Diese Linie, mit der Sie den Wettlauf mit Herrn Linssen und Herrn Arentz angetreten haben, ist sachlich unbegründet und unsinnig. Das wissen Sie. Sie konstruieren wie die CDU Scheinlösungen und Scheinprobleme, um die tatsächlichen Schwierigkeiten, die den Bürgerinnen und Bürgern zunehmend auf den Nägeln brennen, aus der Wahrnehmung zu drücken. Das muß man Ihnen zu diesem Thema noch einmal sagen.

Meine Damen und Herren, die Erwartung der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen an diese Nachtragshaushaltsdiskussion war doch, daß mit diesem Nachtragshaushalt jetzt eine Kurskorrektur kommt, die darauf abzielt, daß wenigstens das wieder einlösbar wird, was die Landesregierung mit der Formel des berühmten sozialen Gewissens selber für sich beansprucht, daß die Landesregierung ihre eigenen Ansprüche wenigstens wieder einlösbar macht.

Es wäre dabei vor allen Dingen an folgende Bereiche zu denken:

(B)

- Einstieg in glaubwürdige Maßnahmen zur Behebung des Unterrichtsausfalls an den Schulen
- Einstieg in eine Kindergartenförderung, die die sich vielerorts ankündigenden Zusammenbrüche bei den Einrichtungen auffangen könnte
- Ausstieg aus dem Rückzug des Landes aus der aktiven Arbeitsmarktpolitik, der die Folgen der ABM-Kürzungen aus Bonn in Nordrhein-Westfalen noch verschlimmert
- Abkehr von der Verschlechterung der Lage der Kommunen bei der Versorgung von Asylsuchenden, die zu erheblichen Problemen sowie zu rechtswidrigen Machenschaften auf kommunaler Ebene aus Gründen der Finanznot geführt hat.

Das wären zum Beispiel Punkte, mit denen in diesem Nachtragshaushalt Signale für eine Kurskorrektur dringend hätten gesetzt werden müssen. Aber davon kann natürlich überhaupt keine Rede sein. Meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD, die Bürgerinnen draußen im Lande haben zunehmend weniger

(C)

Verständnis dafür, daß mit diesem Nachtragshaushalt die Reise in eingefahrenen Unglücksgleisen fortgesetzt wird, die in vielen Bereichen schon Notstände verursacht hat, gegen die sich die Bevölkerung mittlerweile mit Massenprotesten und Demonstrationen zur Wehr setzen muß.

Dazu gehört auch die Asylpolitik, für die nach den 110 Millionen DM für Sammellager jetzt noch einmal eine Verpflichtungsermächtigung von 45 Millionen DM draufkommt. Das ist Geld, das nicht für Flüchtlinge, für Asylsuchende ausgegeben wird, sondern gegen Flüchtlinge und gegen Asylsuchende, zu Deklassierungszwecken, zum Zwecke der Abschreckung derer, die morgen vielleicht aus Bürgerkriegs- und Kriegsgebieten wie Kurdistan oder Jugoslawien noch kommen werden, eingesetzt wird.

Sie wissen, daß es in meiner Heimatstadt Köln schon mehrfach spontane Demonstrationen mit mehreren tausend bzw. zehntausend Menschen gegeben hat, die sich gegen diese Asylpolitik - auch dieser Landesregierung - gewandt haben, weil sie dann eine Verstärkung der Tendenzen zu Ausländerfeindlichkeit und Rassismus sehen.

Meine Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger können nicht nachvollziehen, daß in den dringenden sozialen Bedarfsländern das Geld fehlt, angeblich kein Geld da sein soll, während weiterhin für unsinnigen und ökologisch unverträglichen Straßenneubau sowie für Wirtschaftssubventionen Millionen zum Fenster herausgeworfen werden.

(D)

Außerdem müssen sie in der Presse noch lesen, daß die Landesregierung Steuerausfälle in enormen Millio-nenhöhen durch die fortgesetzte Tolierung eines Vollzugsdefizits im Bereich der Unternehmenssteuern einfach wegsteckt und ein Zwei-Klassen-Steuerrecht in Nordrhein-Westfalen zu Lasten der Lohn- und GehaltsempfängerInnen toleriert. Die Landesregierung verzichtet ganz bewußt darauf, die Einnahmenseite ihres Haushalts zu verbessern und materielle Mittel für die Einlösung ihrer eigenen sozialpolitischen Ansprüche zusätzlich zu mobilisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(A) (Kreutz | GRÜNE)

Dieses Bild, das wir schon beim Landeshaushalt hatten, setzt sich mit diesem Nachtragshaushalt ungebrochen fort. Man muß ja als Bürgerin oder Bürger zunehmend Angst bekommen, weil die Diskussion der Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen und dieser Landesregierung über neue Haushalte immer gleich den Charakter von Bedrohung hat.

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Kreutz, Ihre Redezeit ist zu Ende!

Abgeordneter Kreutz (GRÜNE): Ich will das insgesamt einmal so kommentieren: Wenn ich bloß die Interessen meiner eigenen Partei im Blick auf die nächste Landtagswahl im Auge hätte und mir es nicht um die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande ginge, könnte ich angesichts dessen, was Sie mit diesem Nachtragshaushalt veranstalten, nur sagen: Danke schön SPD!

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Henning [SPD]: Abdanken!)

(B) Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kreutz. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Arentz!

(Zuruf von der SPD: Der kommt auch aus Köln!)

Abgeordneter Arentz (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was der Herr Minister hier eben geboten hat, war keine Rede, sondern eine schlichte Aneinanderreihung von Unverschämtheiten, Tiefschlägen und Gemeinheiten.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Minister, nach dem heutigen Morgen und sonstigen Auftritten von Ihnen hätte ich eigentlich nicht erwartet, daß Sie das noch steigern könnten. Sie haben sich heute aber wirklich den Ehrentitel "Rumpelstilzchen des Monats" verdient.

(Minister Matthiesen: Was?)

(C)

- "Rumpelstilzchen des Monats", Herr Matthiesen. Sie müßten doch wissen, was das ist; Sie waren es doch im letzten Monat!

Nun zur Sache, Herr Heinemann: Sie haben behauptet, Sie könnten beim Thema Asyl gar nichts tun. Der Bund wäre alles schuld.

Wir wollen doch einmal fragen, wer in Bonn verhindert, daß das wichtigste Problem, nämlich die Ergänzung des Artikels 16 GG, gelöst wird.

(Beifall bei der CDU - Ob-Rufe bei der SPD)

Das sind die gleichen Sozialdemokraten, die sich als Bürgermeister und Oberbürgermeister vor Ort hinstellen und Volkes Stimme vertreten und eine Änderung fordern. Es sind die gleichen Sozialdemokraten, die hier sagen, der Bund tue nichts, er müsse endlich etwas tun. Die gleichen Sozialdemokraten verhindern in Bonn, daß wir endlich die einzige Lösungsmöglichkeit schaffen, nämlich durch eine Änderung des Artikels 16 GG die ungeheure Zugangsproblematik zu beeinflussen, weil sonst auch eine Personalaufstockung in Zimndorf die Probleme nicht lösen kann.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Wer so handelt, Herr Heinemann, und dann von "Schlampereien in Zimndorf" spricht, obwohl die SPD die politische Verantwortung dafür hat, daß jedes Jahr Hunderttausende hierhin kommen und nicht in einem schnellen Verfahren abgewiesen werden können, der handelt schlicht und ergreifend unredlich!

(Beifall bei der CDU)

Und unredlich bis auf die Knochen ist es auch, Herr Heinemann, wenn Sie hier so tun, als wenn Sie in Nordrhein-Westfalen kein Handlungsinstrumentarium hätten. Sie könnten sehr wohl das gleiche tun, wie es in Schleswig-Holstein getan wird, und dafür sorgen, daß auch in allen Kreisen des Landes ein Zählappell für Asylbewerber durchgeführt wird.

(Beifall bei der CDU)

Wenn in Schleswig-Holstein bei Herrn Engholm - aber der steht ja vor Wahlen; möglicherweise regie-

(A) (Arentz [CDU])

ren die Sozis anders, wenn Wahlen vor der Tür stehen;

(Beifall bei der CDU)

vielleicht ist das die Erklärung für das unterschiedliche Handeln -, wenn also in Schleswig-Holstein bei Herrn Engholm ein Zählappell durchgeführt wird und das Ergebnis ist, daß 10 % Asylbewerber bei den Sozialämtern doppelt und dreifach gemeldet sind, daß also dem Bürger für mindestens 10 % das Geld umsonst aus der Tasche gezogen worden ist, dann ist es die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit der Landesregierung auch in Nordrhein-Westfalen, diesen vermutlichen Mißbrauch der Sozialhilfe in unserem Lande zu bekämpfen.

Daß Sie dazu nicht bereit sind, zeigt, daß Sie entweder die Liebedienerei vor den Linken in Ihrer eigenen Fraktion machen müssen

(Beifall bei der CDU)

oder daß Sie aus anderen Gründen kein Interesse daran haben, den Mißbrauch zu bekämpfen.

(B)

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Was denn für Linke?)

Nächster Punkt! Das Oberverwaltungsgericht Münster, Herr Heinemann, hat uns allen bestätigt, daß die Regelleistung der Sozialhilfe für Asylbewerber die Sachleistung sein muß. Sie weigern sich, Herr Heinemann - -

(Minister Heinemann spricht mit Minister Matthiesen. - Zuruf von der CDU: Matthiesen stört!)

- Herr Matthiesen stört immer, aber jetzt besonders!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Sie weigern sich, Herr Heinemann, in den Kommunen das durchzusetzen, was das OVG Münster als Recht gesprochen hat. Das ist im Grunde Rechtsverweigerung durch die Landesregierung, indem ein Urteil des obersten Gerichts hier im Lande Nordrhein-Westfalen nicht durchgezogen wird.

(C)

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Aber nur "im Grunde"!)

Nächster Punkt! Sie weigern sich, Herr Heinemann, den Kommunen nahezu legen, Asylbewerber, die dazu aufgrund ihres Familienstandes oder ihrer Gesundheit in der Lage sind, zu gemeinnützigen Arbeiten heranzuziehen. Warum denn eigentlich? Wer hier Schutz findet, wer hier Sozialhilfe bekommt, der kann auch als ein Stück Gegenleistung von Solidarität gemeinnützige Arbeit hier in unserem Lande leisten!

(Beifall bei der CDU)

Herr Heinemann, bei der Beschleunigung der Verfahren spielen Sie "toter Mann". Es passiert nichts in Nordrhein-Westfalen! Und Vollziehung von Abschiebung findet in Nordrhein-Westfalen so gut wie nicht statt.

Auf der ganzen Linie beim Asylverfahren haben Sie hier in Nordrhein-Westfalen versagt, und Sie versuchen, das dadurch zu kaschieren, daß Sie sagen, Bonn wäre alles schuld. So billig kommen Sie hier nicht durch!

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Schultz [SPD])

(D)

Nächster Punkt: Drogen! Herr Kollege Kuschke hat hier das Modell "Therapie sofort" als etwas ganz Sensationelles gewürdigt. Meine Damen und Herren, es ist eigentlich ein Trauerspiel, wenn wir hier darüber sprechen müssen, daß "Therapie sofort" etwas Außergewöhnliches sei. "Therapie sofort" muß doch eine Mindestanforderung an staatliches Handeln für entzugswillige Drogenabhängige sein.

(Beifall bei der CDU)

Wie verquer die Politik des Herrn Heinemann ist, kann man doch daran erkennen, daß etwas Selbstverständliches - daß nämlich für entzugswillige Drogenabhängige Therapieplätze zur Verfügung stehen - in Nordrhein-Westfalen als etwas ganz Besonderes gefeiert wird. Das normalerweise zu Erwartende wird bei dieser Landesregierung zum Besonderen.

(A) (Arentz [CDU])

Nächster Punkt, Herr Kuschke! Sie haben sich wortreich dagegen gewehrt, daß hier Junkies und alte Menschen gegeneinander ausgespielt werden, und Ihre Fraktion hat Beifall dazu geklatscht. Tatsache ist, daß diese Landesregierung, indem sie Mittel aus dem Bau von Altenwohnheimen, wo wir Wartefristen von sechs, sieben und acht Jahren bei den Trägern haben, herauszieht, um es in die Therapieeinrichtungen zu stecken, und daß Sie dieses böse Spiel des "Spaltens statt Veröhnens" zwischen Menschen, die es schwer genug haben, hier in Nordrhein-Westfalen betreiben!

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Sollte es nicht einen Schwerpunkt "Altenpolitik" der SPD geben?)

Nächster Punkt, Herr Heinemann! Sie haben hier in einer zynischen Art und Weise Frau Hasselfeldt die Mitschuld am Tod von Drogenabhängigen gegeben,

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Was? Das ist ja eine Unverschämtheit!)

und zwar deshalb, weil sich Frau Hasselfeldt weigert - ich sage es jetzt einmal schlicht und ergreifend -, Ihre unverantwortliche Legalisierungs- und Liberalisierungspolitik im Drogenbereich mitzumachen. Das steckt nämlich dahinter!

(B)

Wir müssen hier einmal sehr grundsätzlich darüber diskutieren, ob es richtig sein kann, die Schwelle zum Drogenkonsum immer niedriger zu setzen, mit einem massenweisen Methadon-Programm den Eindruck zu erwecken, es gäbe ein Medikament gegen Drogenabhängigkeit, und damit die Schwelle noch niedriger anzusetzen. Und das in einem Land, meine Damen und Herren, das im Gegensatz zu den verbalen Bekundungen des Ministers, wie wichtig ihm die drogenfreie Therapie sei, in Wirklichkeit bei der Errichtung von Therapieplätzen das Schlußlicht aller Bundesländer in der ganzen Bundesrepublik Deutschland ist!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es ist schon ein Unding, wenn bei 40 000 oder 50 000 Drogenabhängigen ganze 500 Therapieplätze vorhanden sind - für hundert Abhängige ein Therapieplatz, 29 Nachsorgeplätze für ganz Nordrhein-West-

(C)

falen! "Therapie sofort", gerade gestartet, schon massenhaft überlaufen! Herr Heinemann, Ihre ganze Ideologie, die Abhängigen seien nicht bereit, eine Therapie anzunehmen, und deshalb müßten Sie mit Methadon das Problem lösen, ist mit dem revolutionären Erfolg des Modellprogramms "Therapie sofort" zusammengebrochen.

Kehren Sie endlich um in Ihrer Drogenpolitik, und gehen Sie mit uns den Weg, Prävention zu stärken, niederschwellige Angebote auszubauen, Entgiftung überall anzubieten und jedem entzugswilligen Drogenabhängigen sofort einen Therapieplatz in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung zu stellen!

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Kuschke das Wort.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Jetzt wollen wir mal hören!)

Abgeordneter Kuschke (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Arentz und andere, wenn Sie schon dabei sind, Namen aus dem Bereich von Märchen, Sagen und Fabeln zu verteilen: Herr Kollege Arentz, auf Sie würde am besten "Das Heintzelmännchen aus Köln" passen.

(D)

(Lachen bei der CDU)

Und wissen Sie, was ich am schönsten bei dem Märchen finde? Von einem bestimmten Tage an war dieses Heintzelmännchen nicht mehr zu sehen. Ich hoffe, das wird auch bald der Fall sein, Herr Kollege Arentz.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben hier noch einmal die Frage aufgegriffen, was denn die größte sozialpolitische Herausforderung im Augenblick im Land und in der Bundesrepublik ist. Damit will ich ein Thema aufgreifen, das Sie hier möglicherweise bewußt heute nicht angesprochen haben, weil es Ihnen nicht in den Kram paßt: Meine

(A) (Kuschke [SPD])

Damen und Herren, die größte sozialpolitische Herausforderung bleibt nach wie vor die Einführung einer Pflegeversicherung.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ja interessant gewesen festzustellen, daß Herr Kohl auf Ihrem Landesparteitag zwar davon gesprochen hat, daß sie kommen würde, aber es war nichts darüber zu hören, erstens wann sie kommt und zweitens in welcher Form sie kommen wird. Herr Kollege Arentz, machen wir uns doch nichts vor: Es ist doch mittlerweile ein Geheimnis aus dem Nähkästchen, daß Sie in Ihren CDA-Gremien große Probleme haben, Ihren eigenen Mitgliedern überhaupt vermitteln zu können, daß es die Pflegeversicherung nicht gibt. Und wenn sich jemand an alten Menschen im Lande versündigt, Herr Kollege Arentz, dann ist es diese Regierung in Bonn, die es bis zum heutigen Tage noch nicht geschafft hat, eine Pflegeversicherung einzuführen.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Präsidentin Friebe: Herr Abgeordneter Kuschke, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Dr. Linssen?

Abgeordneter Kuschke (SPD): Nein, das wird uns nicht weiterhelfen.

(Zuruf des Abgeordneten von Unger [CDU])

Herr Kollege Lanfermann, daß das in Sachen Pflegeversicherung ganz in Ihrem Sinne läuft - nun ist er gerade nicht da, aber dann sage ich es den übrigen Mitgliedern der F.D.P.; Entschuldigung Herr Kollege! -, ist ja klar. Aber ich komme noch einmal auf Ihren verehrten Freund Herrn Möllemann zurück.

Das Problem ist doch nicht, daß Herr Möllemann festgestellt hat, wie die Situation der Staatsfinanzen ist. Dazu sage ich im übrigen - und das hat Herr Professor Farthmann hier an anderer Stelle auch getan -: Da gibt es einen anderen Herrn in Ihrer Partei, nämlich den Grafen Lambsdorff, der das sehr lange zu einem sehr frühen Zeitpunkt, wie wir finden, auch

(C)

richtigerweise getan hat. Nur der entscheidende Punkt ist doch: Was mache ich nach einer solchen Feststellung?

Wir sagen: Den Weg, den Sie vorschlagen, nämlich das zur Konsolidierung der Staatsfinanzen Benötigte aus dem sozialen Fleisch herauszuschneiden.

(Abgeordneter Tschöeltsch [F.D.P.]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

gehen wir nicht mit.

(Zuruf des Abgeordneten Reichel [F.D.P.]

- Die Vorschläge hat der Finanzminister vor einigen Tagen an dieser Stelle gemacht. Ich denke, er wird sie, wie ich ihn kenne, bei der dritten Lesung des Haushaltes hier auch wiederholen.

Herr Kollege Lanfermann, ich komme noch einmal auf Ihren Gestaltungswillen im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales zurück. Zu dem, was Sie hier ausgebreitet haben, sind uns ja die Tränen gekommen: Sie würden sich nicht an der Arbeit beteiligen und würden keine Anträge mehr erarbeiten. Das wäre ja alles so schlimm. Die SPD hätte ja auch Anträge.

(D)

Im übrigen hat Herrn Arentz das Bild, er würde vor uns auf den Knien liegen, tief getroffen. Jetzt hat er Angst, daß die Parteifreunde erfahren, wie er im Ausschuß reagiert. Aber das lassen wir einmal. Vielleicht können wir das gemeinsam richtigstellen.

Der Punkt ist doch: Sie, Herr Lanfermann, haben bislang in dieser Legislaturperiode überhaupt noch keinen einzigen wegweisenden sozialpolitischen Vorschlag in diesem Ausschuß gemacht. Im Gegenteil: Ihre Arbeit zeichnet sich nur durch Destruktion aus.

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Das ist überhaupt nicht wahr!)

Nun komme ich noch einmal zu dem Punkt "Therapie sofort" und dem, was im Haushalts- und Finanzausschuß gesagt worden ist, zurück.

(A) (Kuschke [SPD])

Herr Kollege Kreutz, ich bestreite doch überhaupt nicht, daß Sie hier nachher auch etwas unternehmen werden, um deutlich zu machen, daß Sie "Therapie sofort" unterstützen. Nur, Ihr großes Problem ist doch, daß der Welt größter Haushälter mit mittlerweile opportunistischen Zügen, wie die "taz" es dargestellt hat, nämlich Ihr Kollege Busch, es verpennt hat, im Haushalts- und Finanzausschuß den entsprechenden Antrag auf Einzelabstimmung zu stellen. Wahrscheinlich ist es bei dem großen verehrten Sauerländer, Herrn Schauerte, genauso gelaufen. Machen Sie das mit Ihren Kolleginnen und Kollegen im Haushalts- und Finanzausschuß aus. Aber beschimpfen Sie uns nicht!

Präsidentin Friebe: Darf ich Sie noch einmal fragen, Herr Abgeordneter: Lassen Sie - für Ihre Redezeit - Zwischenfragen zu?

Abgeordneter Kuschke (SPD): Nein. - Herr Kollege Kreutz, ich komme zu dem Bereich Kürzungen bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Dazu gibt es zwischen uns ja keinen Dissens in der Bewertung dessen, was die Bundesregierung aufs Gleis gebracht hat.

(B) Herr Arentz hat sich hier hingestellt, unter dem Beifall seiner Fraktion, und gesagt: Im Grunde genommen wäre das gar nicht so schlimm, im übrigen müßten wir das alles abgeben an die neuen Bundesländer, und es wäre ganz schlimm, daß von dem, was da noch übrig bleibe, sich die Kommunen das meiste einheimen würden. Damit haben Sie 24 Stunden auch Erfolg gehabt, Herr Kollege Arentz.

Nur was passiert denn jetzt? - Ihre Parteifreunde vor Ort in den Kommunen merken mittlerweile, was dort passiert. Ihre Freunde in den Wohlfahrtsverbänden merken, was passiert. Es finden Veranstaltungen statt von der Evangelischen Diakonie und dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, zu denen wir eingeladen werden - ich erscheine übrigens als einziger, von Ihrer Fraktion niemand, Herr Kollege Arentz -, in denen Sie sich eigentlich für das, was dort passiert, rechtfertigen müßten.

Es fallen jetzt schon in erheblichem Umfang Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aus, die sozial sinnvoll und

(C)

notwendig wären und die uns in die Lage versetzen würden, Menschen die Chance zu geben, aus der Langzeitarbeitslosigkeit herauszukommen. Sie haben nicht den Mut und nicht die moralische Kraft, sich in Bonn darüber zu beklagen und zu beschweren. Das ist Ihr großes Handikap als CDU Nordrhein-Westfalen, und aus diesem Dilemma kommen Sie nicht heraus. Das werden wir den Menschen draußen im Lande auch weiterhin deutlich machen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Arentz, dann kommen wir noch einmal zu der Frage: alte Menschen und Junkies. Ich bleibe dabei: Sie versuchen hier bewußt zu spalten!

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Das ist ein böses Spiel, das Sie hier machen!)

Die Problematik, daß sie sechs, sieben Jahre Wartezeiten haben, gibt es doch längst nicht mehr. Entweder Sie wollen es nicht wahrhaben, oder Sie halten sich nicht mehr ausreichend genug vor Ort auf, um zu wissen, daß der Landesaltenplan, den die Landesregierung vor zwei Jahren verabschiedet hat, uns aus dieser Misere schon längst herausgebracht hat. Wenn die SPD-Fraktion gesagt hat, wir seien in der Lage, aus diesem Volumen von über 100 Millionen DM 2 Millionen DM herauszunehmen, dann deshalb, Herr Kollege Arentz - und dem müssen Sie gemeinsam mit uns auch einmal nachgeben -, weil die entsprechenden Bauträger diese Einrichtungen nicht so zügig errichten, wie uns das eigentlich vorschwebt, und der Mittelabfluß leider Gottes nicht so schnell ist. Vielleicht reden Sie einmal mit den Freunden von der Caritas, wir reden einmal mit den Freunden von der Arbeiterwohlfahrt, und wir reden dann gemeinsam mit Herrn Kreutz mit den Freundinnen und Freunden vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband. Vielleicht kommt das dann etwas schneller auf den Weg.

(D)

(Zuruf des Abgeordneten Arentz [CDU])

Herr Kollege Arentz, lassen Sie sich dann einmal eines gesagt sein: Markenzeichen der Drogenpolitik Nordrhein-Westfalen ist Vielfaltigkeit und Differenziertheit, das heißt sowohl die drogenfreie Therapie und die von Ihnen angemahnte Niedrigschwelligkeit als auch ein neues Verständnis von Prävention und

(A) (Kuschke [SPD])

Prophylaxe in der Drogenarbeit, aber natürlich auch die Ausweitung des Methadon-Erprobungsvorhabens.

Ich kann nur Herrn Minister Heinemann zustimmen: Mir fehlen die Worte, mir fällt nichts anderes ein, als zu sagen: Da ist Frau Hasselfeldt wirklich an Dummheit nicht zu überbieten, daß sie diesen Weg nicht mitgeht. Es ist in der Tat so, daß, um es einmal so zu formulieren, nur noch Frau Hasselfeldt, Bayern, die CDU in Nordrhein-Westfalen und vielleicht Albanien gegen diesen Weg sind.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sie wissen, was damit gemeint ist.

Herr Kollege Kreutz, Sie haben vorhin gefragt, was denn diese Debatte bringen solle. Ich denke, Sie hat doch etwas deutlich gemacht - ich wiederhole das, was ich vorhin gesagt habe -, nämlich daß die Landesregierung und die SPD-Mehrheitsfraktion durchaus in der Lage sind, trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen notwendige sozialpolitische Herausforderungen anzunehmen und auszufüllen. Das haben wir bei der Drogenpolitik exemplarisch und bisher mit Erfolg dargestellt. Wir werden diesen Weg weitergehen. - Herzlichen Dank.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Heinemann das Wort.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kuschke, lassen Sie mich zunächst eine Bemerkung zu Ihrem Vorschlag machen, die CDU möge mit den Freunden der Caritas reden. Seitdem die CDU vor Jahren selbst die Caritas und die Kirchen in die Pfanne gehauen hat, um mich zu treffen, hat sie dort nicht mehr viele Freunde. Und das ist heute immer noch so. Das müssen wir schon tun.

(Zurufe von der CDU)

(C)

- Das ist so. Sie dürfen sich nicht über Ihre eigenen Fehler beschweren.

Lassen Sie mich zunächst ein paar Bemerkungen zu Ihnen, Herr Lanfermann, machen. Auch heute ist von Ihnen wieder der Beweis erbracht worden, daß Ihre Partei die Partei der sozialen Kälte ist, mit der ich nie gemeinsam regieren möchte, weil sich immer wieder Welten zwischen Ihnen und mir auf tun würden.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Linsen [CDU]: Dann sind Sie lange in Pension! - Zuruf von der F.D.P.)

- Es ist ja Ihr größter Kummer, daß Sie nicht mitregieren; mitzuregieren versuchen Sie ja seit Bestehen der Bundesrepublik und sind ärgerlich, wenn man einmal ein Jahr oder eine Legislaturperiode über Sie hinweggeht,

(Zuruf von der SPD)

hier Gott sei Dank länger; die Menschen im Lande sind ja sehr klug.

Sie versuchen mit fadenscheinigen Ausreden Ihre falsche Politik darzustellen. Herr Lanfermann, zwischen dem Innenminister und mir bestehen in der Frage der Drogenpolitik keine Meinungsverschiedenheiten.

(D)

(Abgeordneter Dreyer [CDU]: Na, na!)

Wenn wir auf diesem Gebiet, Herr Dreyer, Gesetzgebungskompetenz hätten, wären wir ein ganzes Stück weiter.

Ich möchte daran erinnern, daß wir im Jahre 1990 einvernehmlich - ohne Gegenstimmen der Landesgesundheitsminister - eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes eingebracht haben. Von 1990 bis heute hat die Bundesregierung alles in die Schublade gelegt und nichts bewegt.

(Abgeordneter Dreyer [CDU]: Wir wollen Hilfe statt Strafe!)

(A) (Minister Heinemann)

So werden wir keinen Schritt weiterkommen. So wird das Land immer wieder auf die Situation der 70er und 80er Jahre zurückgeworfen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Arentz [CDU])

Ich sage Ihnen noch einmal: Nach dem Ausscheiden von Frau Süßmuth - ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß ihr Verhalten in dieser Frage mitentscheidend dafür war, daß sie ihr Ministeramt aufgeben mußte - hat sich in der Bundesregierung alles rückwärts entwickelt. Herr Arentz, das wissen Sie genauso gut wie ich.

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Nein!)

Wenn Ihnen bei Ihren Diskussionsbeiträgen einige Ihrer Parteifreunde noch Beifall spenden, tun sie das entweder wider besseren Wissens oder aus Pflicht, obwohl sie genau wissen, daß das, was Sie hier erzählen, nicht den Tatsachen entspricht.

Herr Lanfermann, das schlechteste Beispiel, das ich heute in der Debatte hier im Landtag gehört habe, war der Versuch, Ihren Herrn Möllemann herauszustellen, indem Sie sagten, er sei der einzige, der die Situation in Bonn erkannt habe. Er ist aber auch der einzige, der in den Haushaltsberatungen versprochen hat, 10 Milliarden DM Subventionen einzusparen und zurückzutreten, wenn das nicht gelinge. Die 10 Milliarden DM sind nicht eingespart worden. Herr Möllemann ist der Minister, der am ehesten vergißt, welche Zusagen er gemacht hat.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Er ist nicht zurückgetreten. Er ist ein Minister, der ankündigt und nichts tut. Aber das ist ja nun in der Bevölkerung bekannt und nichts Neues; insofern brauchen wir uns mit dem Verhalten des Herrn Möllemann hier nicht lange aufzuhalten.

Herr Arentz, ich will die Art der Auseinandersetzung, die Sie betreiben, nicht fortsetzen.

(Lachen bei der CDU)

(C)

Sie haben versucht, eine bildhafte Darstellung meiner Person aufzuzeigen. Ich tue das nicht und will Ihnen auch sagen, warum: weil ich, wenn ich meine Meinung über Sie sage, nicht weiß, ob mich die Präsidentin rügt, und dieses Risiko gehe ich nicht ein.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Arentz [CDU]: Versuchen Sie es doch einmal!)

- Nein, Herr Arentz, ich tue es nicht; Sie können mich nicht provozieren.

Präsidentin Friebe: Das empfehle ich auch.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Sie schieben wieder die Bonner Szene in den Vordergrund der heutigen Auseinandersetzung und wollen den Eindruck erwecken, als trügen Sozialdemokraten die Verantwortung dafür, daß es nicht weitergeht. Das ist eine der Falschdarstellungen, von denen Sie so viele vorgetragen haben.

Sie wissen wie ich, daß uns die Änderung des Artikels 16 GG keinen Schritt weiterbringt. Sie wissen wie ich, daß wir, wenn überhaupt, die Schritte brauchen, die unter den Parteien vereinbart worden sind.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen wie ich, daß es notwendig ist, eine europäische Regelung zu erreichen. Darum aber kümmert sich Bonn nicht; vielmehr wird immer nur die Frage des Artikels 16 diskutiert.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe schon einmal gesagt: Wenn wir Artikel 16 einmal ein halbes Jahr außer Kraft setzen könnten, wäre ich dafür; denn in diesem halben Jahr wären Sie überführt, daß Sie den Leuten etwas Falsches erzählen und von Ihren Schwächen ablenken wollen.

(Beifall bei der SPD)

Die Bundesregierung ist nicht einmal in der Lage, das vereinbarte Verfahren zeitgerecht durchzuführen.

(A) (Minister Heinemann)

(Zuruf des Abgeordneten Arentz [CDU])

Ich war dabei, als Herr Schäuble und auch der Bundesjustizminister, der der F.D.P. angehört, versprochen haben, ab 1. Januar 1992 werde das neue Verfahren in Gang gesetzt; das sei kein Problem, man werde bis dahin die Gesetze schaffen.

Dann ist man auf den 1. April gegangen. Jetzt geht man auf den 1. Juli. Und in den letzten Tagen mußte man hören, daß man vermutlich selbst zum 1. Juli nicht zurechtkommt. Hier liegen die Schwächen, hier liegt Ihr Unvermögen, von dem Sie immer wieder ablenken wollen.

Dann kommen Sie mit Schleswig-Holstein. Das haben Sie schon dreimal versucht. Aber Sie wissen, daß Schleswig-Holstein eine andere Verfassung als Nordrhein-Westfalen hat. Sie wissen, daß ich die Kommunen nicht zwingen kann. Sie wissen, daß ich mit den Kommunen und den Spitzenverbänden Gespräche vielfacher Art geführt habe

(Zuruf des Abgeordneten Arentz [CDU])

(B) und ihnen meine Auffassung vorgetragen habe, sie müßten entsprechend handeln. Sie wissen, daß ich es war, der den Kommunen empfohlen hat, Sachleistungen einzuführen. Und ich sage Ihnen: Ich halte eine noch bessere Regelung für durchsetzungsnotwendig. Ich glaube, daß das Kontenblattverfahren, eine Regelung des Ennepe-Ruhr-Kreises, der erfolgreichste Weg ist, für den ich mich auch einsetzen werde.

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: "Erfolgreiche" Diskriminierung von Menschen!)

- Zu Ihnen, Herr Appel, komme ich, wenn mir Zeit dafür bleibt, auch noch.

Präsidentin Friebe: Herr Minister, ich möchte Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage von Herrn Paus zulassen.

(Minister Heinemann: Wenn Sie mir, Frau Präsidentin, die Zeit der Fragestellung und der Antwort nicht anrechnen; sonst kann ich es nicht!)

(C)

- Ich kann nicht beurteilen, wie lange Ihre Antwort dauert.

(Minister Heinemann: Und der Antwort!)

Herr Paus, bitte.

Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU): Herr Arbeits- und Sozialminister, Sie kritisieren den Bund wegen der Verzögerungen im Verfahren der Gesetzgebung für das Beschleunigungsverfahren, und Sie kritisieren den Bund wegen der Tatsache, daß die Auswertung der ED-Behandlungs-Unterlagen nicht rechtzeitig erfolge.

Frage, Herr Minister: Ist Ihnen bekannt, daß der Bundesinnenminister und auch die Mitglieder der F.D.P.- und der CDU-Fraktion im Bundestag lange mit den Parlamentariern der SPD-Fraktion und anschließend auch mit Vertretern der Länder in den Monaten Januar und Februar 1992 gerungen haben, um zu einem Kompromiß in allen Einzelheiten für das Beschleunigungsverfahren zu kommen?

Ist Ihnen, Herr Arbeits- und Sozialminister - dies als letzten Satz! - bekannt, daß hier in Nordrhein-Westfalen Sie immer die ED-Behandlung generell aller Asylbewerber gefordert haben, während der Minister für Inneres noch immer behauptet, daß sie gar nicht zulässig sei?

(D)

(Zuruf von den GRÜNEN)

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Herr Kollege, Ihnen kann ich sagen, daß seit langem eine Verständigung zwischen der Verhandlungsgruppe der Sozialdemokraten und der anderen Parteien außer den GRÜNEN besteht und daß man trotz dieser Verständigung und trotz dieser Vereinbarung heute keinen Schritt weitergekommen ist. Das sollten Sie endlich auch einmal zur Kenntnis nehmen. Dann würden Sie diese Fragen nicht stellen.

Um hier noch einmal zu Ihnen, Herr Arentz, zu kommen: Sie haben die "Therapie sofort" hier kritisiert.

(A) (Minister Heinemann)

(Zuruf des Abgeordneten Paus [Detmold]
[CDU])

Nordrhein-Westfalen ist das einzige Land in der Bundesrepublik, das diesen Weg der "Therapie so fort" geht -

(Beifall bei der SPD)

das einzige Land in der Bundesrepublik! Nirgendwo ist man den Weg gegangen, der ja von Fachleuten bis dahin immer noch als ein falscher Weg bezeichnet wurde und von dem keiner geglaubt hat, er werde von Erfolg sein.

Ich sage Ihnen, wenn wir die Vorstellungen der Frau Hasselfeldt zu unseren Vorstellungen machten, gingen wir einen Schritt zurück - zu Lasten kranker Menschen. Ein Gesundheitsminister hat aber die Aufgabe, für kranke Menschen und nicht gegen sie Politik zu betreiben, wie es derzeit im Bundesgesundheitsministerium geschieht.

(Beifall bei der SPD)

(B) Herr Appel, nun zu Ihren Zwischenrufen und zu dem letzten, was Sie und was Herr Kreuzt hier gesagt haben!

Ihre Politik wird die Möglichkeit der Asylgewährung für Menschen, die wegen ihrer politischen oder religiösen Auffassung in ihren Ländern gefoltert und um ihre Freiheit gebracht werden, die ihr Leben verlieren, die Politik zugunsten dieser Menschen behindern.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir einen solchen Weg weitergehen, wie er sich derzeit bietet, werden wir die Akzeptanz zum Asylrecht in der Bevölkerung von Monat zu Monat weiter verlieren.

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Durch Ihre Reden hier!)

Wir werden von Monat zu Monat feststellen, daß es immer schwerer wird, sich für diese Menschen einzusetzen.

(C)

Ich sage Ihnen: Man kann Mißbräuche nicht - so wie Sie es getan haben - auf die leichte Schulter nehmen.

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Tun wir nicht!)

- Nun hören Sie zu; ich habe Ihnen auch zugehört!

Wenn ich irgendwo in der Zeitung lese, daß Fünffach- und Achtfachbezüge festgestellt worden sind, dann geht das im ganzen Land durch die Presse, und es wird für uns immer schwieriger, uns für die Menschen aus anderen Ländern einzusetzen. Deshalb müssen wir alles tun, das zu verhindern. Deshalb muß unsere Politik so angelegt sein, daß das nicht immer wieder den Menschen eingehämmert wird, was diese zu Reaktionen führt, die gegen die Interessen der ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Lande sind, die gegen die Menschen sind, die in unserem Lande Zuflucht suchen.

Ich sage Ihnen: Solange ein Mensch bei uns ist, ob berechtigt oder unberechtigt - in bezug auf Asyl -, müssen wir diesen Menschen in unserem Lande auch menschlich behandeln. Ich sage weiter: Diejenigen, die kein Recht auf Asyl haben, müssen sehr schnell wieder in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden, weil es auch humaner ist, sie nach wenigen Wochen als nach sieben, acht oder neun Jahren nach Hause zu schicken, wo unsere Verfahren, unser System ja - -

(D)

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU] - Zurufe von den GRÜNEN)

- Herr Linssen, ich weiß ja, Sie stimmen mir zu, daß es unerträglich ist, daß in Zirndorf die Verfahren zwei Jahre dauern. Für diese Zustimmung bin ich Ihnen sehr dankbar. Ich würde Sie nur bitten, das dann auch bei den Verantwortlichen anzubringen.

Deshalb sage ich Ihnen auch: Ich könnte mit den 1,2 oder den 1,3 Milliarden DM in meinem Haushalt in den Herkunftsländern viel mehr Menschen helfen als hier im Lande Nordrhein-Westfalen irgendeiner Zahl von Asylbewerbern. Insofern ist dies auch notwendig: Wenn wir Politik für die Menschen im Herkunftsland machen wollen - und das ist unsere Aufgabe -, müssen wir die Mittel dafür haben, und wir können sie

(A) (Minister Heinemann)

hier nicht vorher für einen geringen Teil von Menschen, wesentlich geringer als der Teil, dem wir helfen könnten, ausgeben. Betrachten Sie das auch einmal so! Ich bin sicher, Sie werden, wenn Sie es objektiv sehen, zu einer anderen Auffassung gelangen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen zum Block 2 liegen nicht vor.

Ich rufe den Block 3

Justiz

auf, eröffne die Beratung hierzu und erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Klose für die Fraktion der CDU.

Abgeordneter Dr. Klose (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte für die CDU-Fraktion nur wenige Bemerkungen zum Einzelplan 04 - Justizminister - machen.

(B)

Es liegt fast nahe, direkt an das anzuschließen, was mein Vordrner hier zur Bewältigung des Problems der Asylbewerber ausgeführt hat.

Mir kommt diese ganze Debatte doch sehr vordergründig und sehr kurz gefaßt vor. Das gilt für manchen, der sich hier beteiligt hat.

Sie, Herr Justizminister, haben in Ihrem Entwurf eine Reihe von Stellen für die Verwaltungsgerichtsbarkeit vorgesehen. Das soll der Vollzug dessen sein, was aus dem Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens an Belastungen die Verwaltungsgerichtsbarkeit auch in unserem Lande treffen wird. Wir haben gesagt, daß wir dieser Verbesserung unsere Zustimmung geben werden, daß wir sie aber nicht für ausreichend halten.

Nun lassen Sie mich an Ihre Adresse, Herr Minister Heinemann, noch eines sagen! Die hohen Erwartungen, die man an dieses Gesetz zur Beschleunigung des

(C)

Asylverfahrens gestellt hat, werden sich nicht erfüllen, gleichgültig, ob Zirndorf überlastet ist oder nicht. Das war von Anfang an klar, und das ist jetzt in einer Anhörung vor dem zuständigen Ausschuß des Deutschen Bundestages, vor dem Rechtsausschuß, von fast allen Fachleuten noch einmal klar und deutlich gesagt worden.

Ich empfinde es schon als merkwürdig, daß es uns nicht gelingt, auf die Ursachen, die uns diese Schwierigkeiten - auch in Zukunft - bereiten, zurückzukommen. Wir werden nicht so kurze Verwaltungsstreitverfahren haben. Wir werden nicht einmal so kurze Verwaltungsverfahren haben, sie werden länger dauern. Die Mittel, die von der Landesregierung im Nachtragshaushalt eingesetzt worden sind und von uns beschlossen werden sollen, werden in keiner Weise ausreichen, um das zu verwirklichen, was der Deutsche Bundestag möglicherweise zusätzlich beschließen wird.

Ich möchte ferner sagen - ich meine, das gehört mit zur Redlichkeit -: Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß wir nicht weiteren Illusionen nachhängen dürfen. Herr Justizminister, wir hätten eigentlich erwartet, daß Ihre Vorlage weiter gegangen wäre.

Auch die Sammelunterkünfte werden das Problem letztlich nicht lösen. Man hat sie aus einer gewissen Notsituation heraus eingerichtet, das Problem bleibt aber bestehen. Wie ich schon im Rechtsausschuß an Ihre Adresse gesagt habe, wird auch die Inanspruchnahme stillgelegter kleiner Anstalten für abgelehnte Asylbewerber, die von der Abschiebehafte betroffen sein werden, keine Lösung sein. Hier werden Unruheherde, soziale Konfliktpunkte geschaffen.

(D)

Auch wird das Personal nicht ausreichen. Für die Menschen in den Sammelunterkünften, die ja nicht alle kriminell geworden sind, sondern die vielfach nur die negative Entscheidung der Rechtsprechung getroffen hat und abgeschoben werden müssen, wird nicht das geeignete Personal vorhanden sein. Man darf deshalb auch hier den Mund nicht so voll nehmen und sagen: Das ist in Bonn nicht vernünftig geregelt worden. Im Vollzug dessen, was der Bundesgesetzgeber beschlossen hat, werden hier genau dieselben Schwierigkeiten eintreten, weswegen sich die Regierungs-